

16. Sitzung

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau am 27. März 2008

Anwesend sind:

Bürgermeister:	Laab Helmut	SPÖ
Vizebürgermeister:	Hermanek Susanne Niederhammer Christa	SPÖ ÖVP
Stadträte-SPÖ:	HR Dir. Antl Leopold, de Witt Hannes, Eisler Elfriede, Gatterwe Helmut, Holzer Othmar. Ing. Klimesch Klaus,	
Stadtrat-ÖVP:	Ing. Huemer Friedrich, Dir. Kronberger Karl,	
Stadtrat-FPÖ+U:	Ing. Bolek Werner,	
Stadtrat-GRÜNE	Mag.Ing. Straka Andreas	
Gemeinderäte-SPÖ:	Ambrosch Walter. Buchta Brigitte, Reg.Rat Fürst Ditmar, Mag. Krislaty Gerd, Minibeck Manfred, Ryba Günter, Sebesta Eduard, Mag. (FH) Sebesta Thomas, Sellinger Annemarie, DI Stemberger Andreas MSc, Wechselberger Herbert, Wondrak Gerda,	
Gemeinderäte-ÖVP:	Mag. Baumgartner Martin, Ihm Ernst, Kopf Gabriele;	
Gemeinderäte-FPÖ+U:	wHR. DI. Ihm Franz, Moll Gerald	
Gemeinderäte-GRÜNE:	Schneider Alexandra	

Entschuldigt sind:

Gemeinderätin Frithum Gabriele, SPÖ
Gemeinderat Mag. Dobritzhofer Wolfgang, ÖVP
Gemeinderätin DI Habacht Barbara, ÖVP
Gemeinderat Hopfeld Peter, ÖVP
Gemeinderat Karas Franz, ÖVP
Gemeinderat Mag. Maurer Mario, GRÜNE

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel.

Ort: Rathaus Stockerau - großer Sitzungssaal

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 20.35 Uhr

Tagesordnung:

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

II. Genehmigung des Protokolls vom 07.02.2008

II. a. Bericht des Prüfungsausschusses

III. Anträge des Bürgermeisters

- 1.) Genehmigung zur Führung des Stadtwappens – Kulturplattform KUPLATT Stockerau
- 2.) Genehmigung zur Führung des Stadtwappens – Schützenkapelle Stockerau
- 3.) Löschungserklärung – Fliesser Josef und Gabriele
- 4.) Löschungserklärung – Meyer Willibald und Elfriede
- 5.) Grundsatzbeschluss – Anschaffung eines Großtänklöschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Stockerau
- 6.) Grundsatzbeschluss – Anschaffung eines Kleinlöschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Oberzögersdorf
- 7.) Genehmigung zur Führung des Stadtwappens –
1. Stockerauer Beachvolleyballverein Die Zwölfender 00
- 8.) Verleihung von Hilfedienstmedaillen an MitarbeiterInnen des Roten Kreuzes
- 9.) Löschungserklärung – Palatin Grundstücksverwaltungs Gesellschaft m.b.H.
- 10.) Löschungserklärung – Renzler Maria
- 11.) Verpflichtungserklärung betreffend Weiterleitung der Bedarfszuweisungen für Fossilienwelt Weinviertel
- 12.) ABGESETZT - Ausgliederungsvereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Stockerau und KIG
- 13.) ABGESETZT - Kaufvertrag zwischen der Stadtgemeinde Stockerau und KIG
- 14.) ABGESETZT - Haftungsübernahme – Stadtgemeinde Stockerau – KIG
- 15.) ABGESETZT - Projektgruppe – Kindergärten/Musikschule

IV. Anträge des Stadtrates

a) Finanz- und Liegenschaftsverwaltung

- 1.) Rechnungsabschluss 2007
- 2.) Preisanpassung Erholungszentrum
- 3.) Verkauf Kleingartengrundstückes Nr. 1110/34 an Winkelmeier Kurt
- 4.) Übereinkommen mit Verbund Austria Hydro Power AG
- 5.) Grundabtretung ins öffentliche Gut – Grundstück Nr. 232/9
- 6.) Unterführung Blabolilheim – ÖBB Floridsdorf-Unterretzbach
- 7.) Ortskanalisation – Bauabschnitt 16 – Beauftragung örtliche Bauaufsicht

Gemäß § 47 Abs. 3 NÖ.G.O. in nicht öffentlicher Sitzung behandelt:

I. Anträge des Bürgermeisters

- 1.) Personalangelegenheiten

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Laab eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

Vor Eingehen in die Tagesordnung gemäß § 46 (3) der NÖ Gemeindeordnung wird vom Bürgermeister der Antrag um Aufnahme nachstehender Tagesordnungspunkte gestellt:

in öffentlicher Sitzung:

III. Anträge des Bürgermeisters

- III/7 Genehmigung zur Führung des Stadtwappens –
1. Stockerauer Beachvolleyballverein Die Zwölfender 00
- III/8 Verleihung von Helfedienstmedaillen an MitarbeiterInnen des Roten Kreuzes
- III/9 Löschungserklärung – Palatin Grundstücksverwaltungs Gesellschaft m.b.H.
- III/10 Löschungserklärung – Renzler Maria
- III/11 Verpflichtungserklärung betreffend Weiterleitung der
Bedarfszuweisungen für Fossilienwelt Weinviertel
- III/12 Ausgliederungsvereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Stockerau und KIG
- III/13 Kaufvertrag zwischen der Stadtgemeinde Stockerau und KIG
- III/14 Haftungsübernahme – Stadtgemeinde Stockerau – KIG
- III/15 Projektgruppe – Kindergärten/Musikschule

IV. Anträge des Stadtrates – a) Finanz- und Liegenschaftsverwaltung

- IV/a/7 Ortskanalisation – Bauabschnitt 16 – Beauftragung örtliche Bauaufsicht

auch neu dazu:

II. a. Bericht des Prüfungsausschusses

**Abstimmung um Aufnahme der Tagesordnungspunkte,
ausgenommen die Punkte III/12, III/13, III/14 und III/15.**

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	20
	ÖVP	6
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

Wortmeldungen zu den Tagesordnungspunkten III/12, III/13, III/14 und III/15:

Gemeinderat Moll: Sie waren heute so freundlich, die Fraktionen davon zu verständigen, dass die Tagesordnung erweitert wird und Sie haben zumindest zu mir gesagt, es wird eine Erweiterung betreffend der Verpflichtungserklärung der Fossilienwelt Weinviertel sein und Sie haben auch das Thema der Kindergärten angeschnitten. Überraschend ist aber jetzt, dass der Tagesordnungspunkt III/12), 13) und 14) aufscheint. Hier muss ich sagen, dass ich außerstande bin, das jetzt zu beurteilen. Ich bitte daher, ich stelle den **Antrag**, diese Punkte III/12, III/13, III/14 und auch III/15 von der Tagesordnung zu nehmen und in absehbarer Zeit, 14 Tage, 3 Wochen, eine eigene Gemeinderatssitzung einzuberufen, um diese Tagesordnungspunkte zu behandeln.

Bürgermeister Laab: Ich kann das Ganze nicht ganz nachvollziehen, weil die Tagesordnungspunkte III/13 und III/14 sind in der Sitzung des Stadtrates besprochen worden, und zwar dass die Ausfertigung des Kaufvertrages durch Dr. Wittmann erfolgen soll. Dabei handelt es sich um jene Kaufverträge, die seinerzeit in der Sitzung am 7.2.2008 mit allen Daten beschlossen wurden. Es ist ein Formalakt, den auch die NÖ Landesregierung für die Genehmigung braucht. Es soll keine Verzögerung eintreten.
Beim Projekt Kindergärten/Musikschule müssen wir eine Lösung finden, um die Vorgaben des Landes und die Gesetze erfüllen zu können.

Gemeinderat Moll: Bei den Tagesordnungspunkten III/12), III/13) und III/14) ist es nicht möglich, ein paar Minuten vor der Sitzung die Verträge inhaltlich zu vergleichen, ob sie absolut ident sind mit dem, was wir schon beschlossen und besprochen haben. Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich auch den zu beschließenden Vertrag in der endgültigen Fassung durchstudieren möchte.

Projekt Kindergärten/Musikschule – wie gesagt, vom Prinzip her Ok, nur die Kosten sind uns jetzt erst bekannt geworden durch die Schätzungen der Architekten. Es sind solch derartige Beträge, sodass man eine Überlegungsfrist haben sollte.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Ich kann mich den Wortmeldungen von Gemeinderat Moll eigentlich vollinhaltlich anschließen. Es ist richtig, dass in der Stadtratsitzung angekündigt wurde, dass es einen Nachtrag geben wird und auch mit dem Zusatz, dass es mit dem gleich ist, was im Ausschuss besprochen wurde. Der Kaufvertrag scheint jetzt eigentlich anders aus. Es ist durchaus möglich, dass der Inhalt gleich ist, wie wir es besprochen haben. Aber er schaut anders aus. In der Form haben wir ihn im Ausschuss nicht gehabt.

Es spricht nichts dagegen, in 2 Wochen noch einmal einen Gemeinderat zu machen und es dann zu beschließen.

Projekt Kindergärten/Musikschule – auch ich bin heute angerufen worden, dass ab 14:30 Uhr Unterlagen vorliegen. Aus terminlichen Gründen war es mit und meinen Kollegen nicht möglich, Einsicht zu nehmen. Machen wir einen Ausschuss, schauen wir uns das gemeinsam an. Es ist immerhin nicht so eine Kleinigkeit. Ich finde es auch positiv, dass man sich Gedanken gemacht hat. Beim Stadtrat ist über diese Idee überhaupt noch nichts gesprochen worden.

Unsere Fraktion ist nicht ausreichend informiert, um darüber abstimmen zu können.

Bürgermeister Laab: Dieses Projekt setzt die KIG um. Es geht darum, dass die Stadtgemeinde die KIG beauftragt, sodass sie handeln kann, dies in dieser Form umzusetzen.

Ich halte es nicht für sinnvoll, es von der Tagesordnung zu nehmen, denn in 14 Tagen wird sich von den Voraussetzungen nicht wesentliches ändern.

Gemeinderat Moll: Ich kann einer Gesellschaft, die in Gründung ist, keine Aufträge geben. Für mich ist das ein formaler Grund, auch diesen Tagesordnungspunkt zurück zu stellen.

Bürgermeister Laab: Damit wird verzögert, dass die Vorgaben des Landes nicht rechtzeitig umgesetzt werden können.

Gemeinderat Moll: Wenn Sie Zeit haben, mit Journalisten darüber zu sprechen und wir das aus den Zeitungen entnehmen müssen, dann hätten Sie uns auch schon früher darüber informieren können. Mir Verhinderung zuzuschreiben, finde ich nicht Ok. Und das schaue ich mir auch an, ob diese Architekten nicht bereit sind, wenn sie 14 Tage später damit beauftragt sind, das noch nach wie vor planmäßig zu machen.

Stadtrat Huemer: Projekt Kindergärten/Musikschule eigentlich sehr positiv, aber verwunderlich warum jetzt ohne vorherige Informationen. Die Gruppenkürzung auf 25 Kinder weiß man schon fast ein Jahr, bezüglich der 21/2-jährigen weiß man es auch schon fast ein halbes Jahr. Ich halte es nicht für fair, zu sagen, alle die heute nicht abstimmen sind Verhinderer. Wir haben uns eigentlich vorgenommen, möglichst wenig Einfluss auf die KIG zu nehmen. und die nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten handeln zu lassen. Die Vorgangsweise finde ich nicht in Ordnung. Wir implizieren der KIG jetzt Vorgaben, die wir eigentlich nicht vorgehabt haben. Wir legen ihnen etwas in die Wiege, obwohl es sie noch gar nicht gibt.

Bürgermeister Laab: Mir geht es darum, was ist der schnellste und effizienteste Weg. Und da heute Gemeinderat ist, war die Überlegung da, heute schon die KIG damit zu beauftragen. um das Projekt so rasch als möglich umzusetzen. Am 1.7.2008 sind in der Judithasträße die Räumlichkeiten im Erdgeschoss leer. Das Bundesheer zieht definitiv aus.

Stadtrat Bolek: Ich habe dazu eine kurze Anmerkung. In meiner Anfangsphase als Gemeindepolitiker habe ich 10 Minuten vor der Gemeinderatssitzung Anträge eingebracht. Das hat Stress erzeugt und alle haben gesagt, Anträge bitte ein oder zwei Tage vorher. Wir haben, so glaube ich, in diesem Hause beschlossen, zwei Tage vor der Gemeinderatssitzung ist Redaktionsschluss. Den Tag dieser Gemeinderatssitzung wissen wir schon seit Wochen. Und wenn wir ein Projekt haben, dann sollte es zwei Tage vorher fertig am Tisch liegen, denn es machen sich die anderen Fraktionen immer die Mühe, ein, zwei Tage vorher zu kommen, um Einsicht

zu nehmen. Es geht immerhin um viel Geld. Wir müssen sparen, wir müssen die Dinge wirklich professionell abwickeln. Professionell heißt, rein in den Ausschuss ein oder zwei Wochen vorher, ordentlich ausdiskutieren, fertige Unterlagen für den Gemeinderat und gewissenhaft beschließen. Ich bitte, dieses Prozedere auch in Zukunft wieder einzuhalten.

Bürgermeister Laab: Ich bin der Meinung, dass es vernünftig wäre, hier eine Entscheidung herbeizuführen, wobei ich noch immer nicht diese Tragweite und dieses Risiko erkenne, den Beschluss nicht zu fassen. Es wird in Zukunft so sein, dass die Unterlagen für die Gemeinderatssitzung zeitgerecht zur Einsicht aufliegen. Ich sehe, dass die Zustimmung für diese 4 Punkte nicht da ist, so werden wir sie von der Tagesordnung absetzen.

Stadtrat Bolek: Es war eine gemeinsame Vereinbarung aller Fraktionen, dass wir uns einen Tag Zeit nehmen, neue Anträge zu studieren und zu prüfen. Das ist vereinbart worden.

Bürgermeister Laab: Ja, ist auch kein Problem.

Stadtrat Holzer: Bei neuen Anträgen, Problematiken, die noch nicht besprochen worden, gebe ich Ihnen schon Recht. Nur wir haben schon in zwei Ausschusssitzungen besprochen, dass das Kindergartenthema sehr wichtig ist, dass die Ausgliederung kommt, das haben wir alle gewusst.

Gemeinderat Baumgartner: Mir sind die Details vor wenigen Stunden bekannt geworden. Bringt man die Unterlagen ein oder zwei Tage vorher und fragt, was man von der Idee haltet, kann man darüber reden. Aber dass am selben Tag mit der Idee und mit der Ausarbeitung kommt, das ist ein bisschen hart.

Stadtrat Kronberger: Man hatte keine Möglichkeit, sich die Unterlagen anzuschauen.

Gemeinderat Baumgartner: Dass das schon in der Stadtzeitung steht, ist auf sehr unkorrekt. Es muss doch die Mühe wert sein, dass man uns das auch sagt.

Gemeinderat Moll: Es tut mir wirklich leid, dass das so eskaliert. In der Stadtratsitzung war herauszuhören, dass die Mehrheitsfraktion die Containerlösung nicht will. Aber definitiv gesagt, dass es auszuschließen ist und es kommt diese oder jene Lösung anstelle dessen, war in der Sitzung nicht am Tisch. Es geht mir wirklich darum, formal den richtigen Weg einzuschlagen, und ich kann es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, über Millionen von Euro zu entscheiden ohne die Gelegenheit zu haben, den definitiv zu unterschreibenden Vertrag zu kennen.

Bürgermeister Laab: Wir beauftragen eigentlich nur die KIG, das durchzuführen. In der KIG müssen wir uns dann konstituieren und es wird ein Aufsichtsrat gebildet. Der wird sich dann genauestens im Detail damit befassen. Dort wird das Geld investiert. Wir wollen die KIG nur beauftragen, dass sie sich darum kümmert, das zu tun. Die endgültige Geldausgabe erfolgt im Aufsichtsrat der KIG.

Gemeinderat Baumgartner: Ich glaube, wenn wir das von der Tagesordnung nehmen, dass wir nichts verhindern, weil die KIG ein eigener wirtschaftlicher Betrieb ist und selbst entscheiden kann, dieses Projekt in Angriff zu nehmen.

Mehrere Wortmeldungen gleichzeitig.

Bürgermeister Laab: Die Generalversammlung kann nichts machen, ohne dass der Gemeinderat die Generalversammlung, sprich den Bürgermeister beauftragt, das zu tun. Das war der Grund, den Antrag heute einzubringen.

Stadtrat Bolek: Es ist vollkommen richtig, die KIG muss jede Investition, die über € 300.000,-- geht, vom Gemeinderat absegnen lassen. Frage – wie lautet wirklich der Beschluss, den wir jetzt fassen sollen? Lautet der – KIG Angebote einholen. Und wenn man dann weiß, was es kostet, beschließt der Gemeinderat. Das dauert erst noch Wochen, bis Angebote kommen. Die Ausschreibung kann die KIG machen, das kostet ja nichts.

Bürgermeister Laab: Es geht darum, dass die KIG das Recht hat, dieses Projekt durchzuführen.

Stadtrat Bolek: Die KIG investiert € 3 Millionen in die Kindergärten, da muss es gleichzeitig eine Mietvereinbarung mit der Gemeinde geben, diese neuerrichteten Kindergärten anzumieten. Was kostet uns die Miete für die € 3 Millionen Investition. Die KIG gibt uns die Kindergärten nicht kostenlos zur Verfügung. Die KIG baut den Kindergarten und stellt uns dann eine Monatsmiete in Rechnung. Wo ist die? Das belastet das Gemeindebudget. Nach meiner Sicht gehört eine Projektstudie her, was kostet es wirklich und welche Miete muss die Gemeinde für den Kindergarten zahlen.

Bürgermeister Laab: Das ist alles in der Machbarkeitsstudie fixiert.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Ich glaube, diese Diskussion zeigt ganz deutlich, dass das Projekt nicht reif ist, entschieden zu werden. Ich war bei der Ausschusssitzung, bei der über die Kindergartengruppen gesprochen wurde. Es ist dort gesprochen worden über Containerlösungen, über Holzbauweisen. Es ist gesprochen worden, dass man eigentlich keine Flächen hat, dass man welche suchen muss. Ich weiß nicht, ist damals schon bei jemanden diese Idee im Hinterkopf gewesen, die wir jetzt da beschließen hätten sollen. Es muss kurze Zeit nachher diese Idee geboren worden sein. Man hätte nochmals einen Ausschuss einberufen können oder man hätte auch zumindest durchrufen können und sagen, diese Möglichkeit besteht. Wir haben den Stadtrat gehabt. Ich glaube nicht, dass die Architekten über Ostern gesessen sind und über Ostern ausgearbeitet haben. Die Möglichkeiten, zumindest grundlegende Informationen auszutauschen, sind groß genug. Wir haben es auch nicht gewusst, Ich war am Dienstag bei Herrn Bürgermeister, habe mir einen Termin geben lassen und hier wurde mir gesagt, dass es mit Architekten Gespräche geben wird und dass es keine schlechte Idee wäre. Dass das allerdings eine Idee ist, die man zwei Tage später, oder 1 1/2 Tage später im Gemeinderat bereits beschließen soll, das war am Dienstag noch nicht klar. Hier geht es mir wesentlich um den Informationsfluss. Ich glaube nicht, dass Ihr euch in umgekehrter Situation dies gefallen lässt. So kann Zusammenarbeit nicht funktionieren, wenn man Zusammenarbeit will. Wenn es um Dinge geht, die große Dimensionen haben, dann muss man bitte mehr als zwei Stunden vorher Bedenkzeit haben, sonst kann man nicht verlangen, dass man das be-

schließt. Wenn man jetzt einen Ausschuss einberuft und das alles debattiert, was jetzt angesprochen wurde, und es findet in zwei Wochen ein Gemeinderat statt, dann werden wir die Kindergartengruppen noch rechtzeitig haben.

Bürgermeister Laab: Das, was am Tisch liegt, ist eine Kostenschätzung und eine Planung. Es dient dazu, dass man einschätzen kann, welche Kosten es verursachen wird. Die Details werden in der nächsten Zeit erfolgen müssen. Außer dass es möglich ist, es umzusetzen von den Räumlichkeiten, von den Umbaumaßnahmen, die notwendig sind, ist nichts passiert. Es ist traurig, dass man niemanden bei den Beschäftigten der Gemeinde zutraut, dass die sich in kurzer Zeit mit dem Thema beschäftigen und in der Stadt schauen, wo Flächen sind, und dann ein Konzept auf den Tisch legen, und von den Architekten kurzfristig bestätigt bekommen, dass das möglich ist, mit handgefertigten Skizzen, wie sich das umsetzen lässt. Die 4 Punkte sollen nun von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Mehrere Wortmeldungen gleichzeitig zur Ausschreibung und Beauftragung.

Gemeinderat Moll: Man kann eine Gesellschaft nicht beauftragen, die noch nicht existiert.

Bürgermeister Laab: Es ist rechtlich abgesichert. Es steht auch im Antrag "in Gründung", dadurch ist das möglich. Wunschgemäß werden die Punkte von der Tagesordnung genommen.

Stadtrat Holzer: Die KIG wollen wir gründen, das haben wir beschlossen. Sie ist in Gründung. Die Notwendigkeit der Kindergartenerweiterung ist bekannt. Die Idee gefällt einen jeden. Es geht um die Kinder.

Stadtrat Bolek: Dann beschließen wir heute, dass die Architekten den Auftrag bekommen, das Projekt vorzubereiten. Dann reden wir um € 50.000,-- und nicht um € 3 Millionen. Dass die Architekten weiter arbeiten, dagegen ist ja niemand. Beschließen wir, dass die Architekten weiter arbeiten und die Gemeinde sichert das ab und sobald die KIG existiert, übernimmt sie den Auftrag.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Sobald ein Projekt vorliegt, gibt es einen Ausschuss und dort sieht man es dann.

Bürgermeister Laab: Wir nehmen die Abstimmung vor, dass wir die Punkte III/12, III/13, III/14 und III/15 von der Tagesordnung absetzen.

Stadtrat Bolek: Ich stelle einen Zusatzantrag, dass wir heute den Auftrag beschließen, dass die Architekten weiterarbeiten können.

Bürgermeister Laab: Ich nehme den Antrag nicht zur Kenntnis, insofern weil das ganz einfach gegen das, was wir über 10 Monate besprochen haben, sich dem widerspricht. Wir wollen eine Gesellschaft, die von alleine agieren kann. Und wenn wir so vorgehen, dass wir nur fertige Projekte in den Gemeinderat zur Diskussion führen und dann dasselbe noch einmal im Aufsichtsrat der Gesellschaft diskutieren, dann wird die Gesellschaft nie eigenständig agieren können. Die Gesellschaft hat das wirtschaftliche Risiko, die soll am Markt arbeiten können, und so haben wir das ausgemacht.

Abstimmung über Absetzung der oben angeführten Tagesordnungspunkte.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	2 (Holzer, Minibeck)
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	18
	ÖVP	6
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

Stadtrat Bolek: Ich formuliere den **Antrag**, dass die Stadtgemeinde einen Beschluss fasst, dass Vorkehrungen getroffen werden, dass in den nächsten Wochen das Kindergartenprojekt vorangetrieben wird, solange bis die Gesellschaft existiert. Das wir das überbrücken als Gemeinde und die Architekten versichern, dass sie die Planungsarbeiten fortsetzen, mit denen ein Budget vereinbaren, was das kostet, und dass das vorangetrieben wird. Wir haben die Aufgabe als Gemeinde bis die KIG handlungsfähig ist, das Projekt voranzutreiben. Ich bitte abzustimmen, dass wir das tun.

Bürgermeister Laab: Ich bin dafür, dass wir diese Dinge in einem Ausschuss diskutieren sollten.

Beschluss:

Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	20
	ÖVP	0
	FPÖ+U	2
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0

Prostimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	6
	FPÖ+U	1 (Bolek)
	GRÜNE	2

II. Genehmigung des Protokolls vom 07.02.2008

Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll der letzten Gemeinderatssitzung unverlesen zu genehmigen. Es entspricht dem Sitzungsverlauf und es gab keine Einwendungen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	20
	ÖVP	6
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

II.a. Bericht des Prüfungsausschusses

Gemeinderat Baumgartner: über die am 25. März 2008 in der Stadtgemeinde Stockerau angesagte Gebarungsprüfung durch den Prüfungsausschuss:

Anwesend:

Mitglied des Prüfungsausschusses (Vorsitzender) GR Mag. Baumgartner Martin
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Buchta Brigitte
Mitglied des Prüfungsausschusses GR HR DI Ihm Franz
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Mag. Krislaty Gerd
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Ryba Günter

Mitglied des Prüfungsausschusses GR Mag. Dobritzhofer Wolfgang
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Sebesta Eduard
Buchhaltungsdirektor Zimmermann Walter

Entschuldigt:

Mitglied des Prüfungsausschusses GR DI Stemberger Andreas, MSc
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Wechselberger Herbert

Nicht entschuldigt:

I. ISTBESTÄNDE lt. beiliegendem Tagesbericht vom 18.03.2008 € -15.160.535,86.

II. SOLLBESTÄNDE

	verbuchte Einnahmen 2008	verbuchte Einnahmen 2007
BA-CA/Stadtgemeinde	€ 6.894.775,56	€ 50.134.069,05
KASSA	€ 94.855,82	€ 851.612,01
PSK 7332.355	€ 179.018,43	€ 428.191,15
PSK 8349.196	€ 0,00	€ 0,00
VB 31538480000	€ 0,00	€ 2.879,52
RB 9001	€ 4.534,39	€ 186.677,31
RAIBA Baukonto Gärtnerei	€ 0,00	€ 0,00
BA-CA/Kassenkredit	€ 0,00	€ 0,00
BAWAG 24310-760-087	€ 0,00	€ 11.257,32
ERSTE 410037-00064	€ 0,00	€ 11.915,11
BA-CA/Krankenhaus	€ 1.207.392,52	€ 164,89
BA-CA/Bankomatzlg.	€ 35.125,21	€ 154.966,93
BA-CA/Pflegeheim	€ 19.247,33	€ 444.113,59
BA-CA/Kartenverkauf	€ 18.510,50	€ 125.266,50
BA-CA/Organstrafen	€ 68.572,30	€ 305.286,15
BA-CA/BMKR-KH	€ 0,00	€ 3.124.931,87
BA-CA/Wertpapiere	€ 0,00	€ 177.491,48
BA-CA/Grundstücke	€ 1.530.508,65	€ 2.896.982,09
RB-Baukonto Klosterkinderg.	€ 0,00	€ 0,00
Kommunalkredit Austria AG	€ 0,00	€ 0,00
BA-CA/Spendenkonto	€ 0,00	€ 20,10
Gesamteinnahmen	€ 10.052.540,71	€ 58.855.825,07

	verbuchte Ausgaben 2008	verbuchte Ausgaben 2007
RB 9001	€ 2.713,29	€ 183.417,44
RAIBA Baukonto Gärtnerei	€ 0,00	€ 0,00
BA-CA/Kassenkredit	€ 0,00	€ 5.000.000,00
BAWAG 24310-760-087	€ 0,00	€ 11.257,32
ERSTE 410037-00064	€ 0,00	€ 11.915,11
BA-CA/Krankenhaus	€ 0,00	€ 1.207.557,41
BA-CA/Bankomatzlg.	€ 30.875,79	€ 158.499,32
BA-CA/Pflegeheim	€ 16.887,29	€ 436.223,30
BA-CA/Kartenverkauf	€ 0,00	€ 126.173,31
BA-CA/Organstrafen	€ 56.381,26	€ 303.224,99
BA-CA/BMKR-KH	€ 0,00	€ 3.124.931,87
BA-CA/Wertpapiere	€ 177.203,08	€ 288,40
BA-CA/Grundstücke	€ 1.721.191,15	€ 2.880.904,59
RB-Baukonto Klosterkinderg.	€ 0,00	€ 0,00
Kommunalkredit Austria AG	€ 0,00	€ 0,00
BA-CA/Spendenkonto	€ 0,00	€ 20,10
Gesamtausgaben	€ 10.858.736,75	€ 73.210.164,89

Gesamteinnahmen-		
Gesamtausgaben	-€ 15.160.535,86	

Aus der Gegenüberstellung von Istbestand und Sollbestand ergibt sich die Übereinstimmung.

III. Rechnungsabschluss

a) Materielle Prüfung:

1. Kassenbelege

- Sind alle Ausgabenbelege mit der schriftlichen Anordnung versehen?
Stichprobenweise geprüft
- Barbelege: Sind auf allen Einnahmenbelegen die Gegenzeichnung des Kassiers und auf allen Ausgabenbelegen die Quittungen der Empfänger vorhanden?
Stichprobenweise geprüft
- Weisen die Belege sonstige Mängel auf? Bei Stichproben keine

2. Kassenbücher (Journale)

Das Kassenbuch wird elektronisch geführt, die tagfertige Verbuchung ist augenscheinlich gegeben. Fehlbuchungen konnten keine festgestellt werden.

3. Haushaltsüberschreitungen

Der Prüfungsausschuss stellte stichprobenweise fest, dass sämtliche wesentlichen Ausgabenüberschreitungen des Abschlusses vom Voranschlag in der Größenordnung von über € 7.267,00 und über 20 % auf Basis des Voranschlages begründet wurden.

Als Anregung ersuchen wir, die zu begründenden Ausgabenüberschreitungen ab dem nächsten Haushaltsjahr umfassender darzustellen. Insbesondere ersuchen wir um Darstellung von Ausgabenüberschreitungen in Höhe von mehr als € 20.000,00 bei der jeweiligen Haushaltspost, unabhängig von der prozentuellen Abweichung gegenüber dem Voranschlag.

Damit sollen Ausgabenüberschreitungen, die 20 % des Voranschlagsbetrages nicht überschreiten, jedoch nicht unerheblich sind, dargestellt und einer Beschlussfassung durch den Gemeinderat zugeführt werden.

4. Vermögensnachweise

Mit der Bewertung der Immobilien (mit Ausnahme von schwer bewertbaren Immobilien) konnte nun erstmals ein entsprechend den Bestimmungen der VRV gemäßer Vermögensnachweis erbracht werden.

5. Offene Posten

Dem Prüfungsausschuss wurde eine Liste der offenen Posten der Stadtgemeinde vorgelegt. In Summe werden von der Stadtgemeinde € 3.616.000,00 Forderungen ausgewiesen, diese umfassen ausschließlich Forderungen, welche mehr als 180 Tage ausständig sind. In Summe betragen die ausständigen Forderungen € 4.311.000,00.

In den Außenständen befinden sich entsprechend der geübten Praxis Beträge von bereits seit Längerem in Konkurs befindlichen Unternehmen.

6. Rechnerische Richtigkeit

Stichprobenweise wurde die rechnerische Richtigkeit des Rechnungsabschlusses geprüft und in Ordnung befunden.

7. Ersuchen um Stellungnahmen an den Herrn Bürgermeister

a) Personalkosten: die Personalkosten sind im Haushaltsjahr 2007 gegenüber dem vorangegangenen Jahr um mehr als 6,3 % angestiegen. Die Überschreitungen ziehen sich durch sämtliche Haushaltsgruppen und -posten. Starke Anstiege sind im Bereich Park- und Gartenanlagen (+ € 93.000,00), Müll (+ € 44.000,00), Z 2000 (+ € 20.000,00) plus vieles mehr, zu bemerken. Insgesamt betragen die Personalkosten nunmehr € 10,5 Mio.

Wir ersuchen um Begründung für diese Ausgabenabweichungen gegenüber dem VA, insbesondere ersuchen wir um Ausführungen zu Abweichungen gegenüber dem Dienstpostenplan.

b) Gewinnentnahmen:

in den marktbestimmten Betrieben (Wasser, Kanal, Friedhof) mussten stark sinkende Gewinnentnahmen hingenommen werden, insgesamt betragen die Gewinnentnahmen in diesen Bereichen € 244.000,00. Zusätzlich mussten höhere Abgangsdeckungen in Höhe von € 136.000,00 hingenommen werden.

Wir ersuchen hierzu um Stellungnahme.

c) Veräußerung von Grundvermögen (AO HH):

Gegenüber dem Voranschlag musste eine Verringerung von Grundstücksveräußerungen im Umfang von € 734.000,00 hingenommen werden. Gleichzeitig sind die Aufschließungsabgaben um € 270.000,00 gesunken. Wir ersuchen um Stellungnahme, inwieweit die geringen Grundstücksveräußerungen auf besondere Umstände zurückzuführen waren bzw. im Voranschlag von zu positiven Annahmen ausgegangen worden ist.

d) Kommunalsteuer:

die Kommunalsteuer ist im Haushaltsjahr gegenüber dem Voranschlag um € 215.000,00 abgesunken. Wir ersuchen Herrn Bürgermeister um nähere Informationen und mögliche Begründungen für ein derartiges Abweichen, insbesondere ersuchen wir um Darstellung der absoluten Veränderungen der Kommunalsteuer in den letzten Jahren.

e) Wertpapiere (Rücklage):

die Wertpapiere erzielten gegenüber dem Voranschlag einen verminderten Ertrag von € 93.000,00 (statt angenommen € 270.000,00 konnte ein Ertrag von € 177.000,00 erzielt werden). Wir ersuchen Herrn Bürgermeister um Bekanntgabe des aktuellen Kurswertes des gesamten veranlagten Rücklagenbetrages.

f) Festspiele:

im Haushaltsjahr musste ein Abgang von € 391.000,00 hingenommen werden, insbesondere fällt der Anstieg der Gagen von € 22.000,00 auf. Wir ersuchen um Begründung, weshalb eine Ausgabenüberschreitung der Gagen bei geringeren Vorstellungen hingenommen werden musste.

g) Attraktivität diverser gemeindeeigener Einrichtungen:

diverse Einrichtungen, wie zB. Eislaufplatz, Bücherei und auch Hallenbad müssen teilweise sehr massive Abgänge hinnehmen. Wir ersuchen um nähere Informationen zu den Abgängen bzw. um Vorschläge für geeignete Maßnahmen zur Erhöhung der sichtlich gesunkenen Attraktivität.

Stellungnahme des Bürgermeisters und des Buchhaltungsdirektors zum Prüfungsausschuss.

Zu 7a)

Die Überschreitungen im Bereich des Pflegeheimes wurden durch Einsparungen im Anlagenbereich und im Sachbereich aufgefangen, d.h. es wurden alle Stellen lt. Dienstpostenplan besetzt und dadurch entsprechende Einsparungen beim Leasingpersonal erzielt.

Bei der Musikschule wurden die Überziehungen durch unvorhergesehene Pensionierungen verursacht (Abfertigungen).

Bei den Park- und Gartenanlagen bzw. bei der Müllabfuhr befanden sich mehrere Dienstnehmer im Langzeitkrankenstand (bis zu 1 Jahr und länger). Die Ansprüche bei der anschließenden Beendigung der Dienstverhältnisse (Abfertigung, Urlaubersatzleistung) sowie die dafür notwendigen Vertretungen verursachten die Überziehung der Personalkosten.

Beim Z2000 musste eine zusätzliche Hilfskraft und für einen mehrmonatigen Krankenstand eine Ersatzkraft aufgenommen werden.

Die Aufnahmen erfolgten gemäß dem beschlossenen Dienstpostenplan.

Zu 7b)

Bei Wasserversorgung um 100.888,92 weniger Gewinn entnommen: der erwartete Zuschuss des LWWF für den BA06 ist nicht eingelangt

bzw. Wassergebühren nicht in voller höher veranschlagten Höhe eingegangen und Personalkosten höher.

Bei Abwasserbeseitigung um 53.017,46 weniger Gewinn entnommen: Kanalbenützungsgebühren um 1,3% unter dem veranschlagten Betrag bzw. höhere Gaskosten durch einen Defekt in der Biogasanlage

Beim Forst wurde um 338.712,45 mehr Gewinn entnommen, dieser war nicht veranschlagt .

Beim Friedhof mussten um 32.847,12 mehr Tilgungszuschüsse geleistet werden, da weniger Erneuerungsgebühren und die Gebühren für die Grabdenkmäler weggefallen sind (neues Bestattungsgesetz)

Bei Wohn-u.Geschäftsgebäuden um 102.829,13 mehr Tilgungszuschüsse da höhere Kosten bei Gas (Lenastr.1), Betriebskosten und Leasing

Zu 7c)

Bei den Grundstücksveräußerungen wurde im VA ein zu hoher Wert angesetzt, da davon ausgegangen wurde, dass mehr Grundstücke zu verkaufen sind.

Die Aufschließungskosten richten sich nach der Anzahl und der Größe von Grundstücksverkäufen, Grundstücksteilungen und Bauplatzerklärungen, diese waren im Vorjahr geringer als im VA angenommen. Diese schwanken von Jahr zu Jahr sehr stark.

Zu 7d)

Entwicklung der Kommunalsteuer:	2004 ->	4,303,479,85
	2005->	4,452.769,25
	2006->	4,340.219,26
	2007->	4,384.712,47

In den letzten beiden Jahren haben 9 Betriebe mit größerem Kommunalsteueraufkommen ihren Betrieb eingestellt, entweder durch Schließung oder durch Konkurs. Die Firmenneuanmeldungen konnten dieses Aufkommen nicht auffangen, da es sich meist um Kleinbetriebe mit wenig Personal handelte.

Zu 7e)

Der aktuelle Kurswert der Veranlagung beträgt € 3,225.875,-- und ist im Rechnungsabschluss 2007 auf Seite 250 ausgewiesen.

Zu 7f)

Bei den Gagen kam es zu Verschiebungen zwischen den Auszahlungen lt. Werkvertrag auf Konto 7281 (21.663,-- mehr) und den Lohnzahlungen für nicht ganzjährig Beschäftigte (Dienstverträge) auf Konto 5220 (13.332,-- weniger). Zu Mehrkosten kam es beim Bühnenbild (11.343,--) und bei der Ausstattung (6.605,--).

Zu 8g)

Die Freizeiteinrichtungen wie z.B. Eislaufplatz und Freibad sind sehr stark wetterabhängig. Veranstaltungen wie beispielsweise „Eisdisco“ konnte die Besucheranzahl nicht erhöhen. Beim Freibad wirken sich auch die steigende Anzahl an „privaten Swimmingpools“ auf die Besucherzahl aus. Bei der Bücherei wurde versucht, durch einen Internetterminal die Einnahmen zu erhöhen. Beim Hallenbad wurde der Besucherschwund durch den durchgeführten Umbau gestoppt, hier liegen die Einnahmen sogar geringfügig über dem Voranschlag. Ausgabenseitig sind u.a. der Zinsaufwand und die Energiekosten nur zum Teil beeinflussbar. Es wird in den kommenden Jahren versucht werden, die Auslastung zu steigern um die Abgänge zu verringern. Es wird jedoch erforderlich sein, die Eintrittsgelder bei diesen Freizeiteinrichtungen nach sozialen Gesichtspunkten zu gestalten.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	20
	ÖVP	6
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

III. Anträge des Bürgermeisters

1.) Genehmigung zur Führung des Stadtwappens – Kulturplattform KUPLATT Stockerau

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Über Ersuchen des Vereines "Kulturplattform KUPLATT Stockerau" wird das Führen des

Stadtwappens

bei der Öffentlichkeitsarbeit (Aussendungen, öffentliche Auftritte) des Vereines gestattet.
Die Verwaltungsabgabe wird subventioniert.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	20
	ÖVP	6
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

2.) Genehmigung zur Führung des Stadtwappens – Schützenkapelle Stockerau

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Über Ersuchen des Vereines "Schützenkapelle Stockerau" wird das Führen des

Stadtwappens

(Jackenaufnäher) gestattet.

Die Verwaltungsabgabe wird subventioniert.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	20
	ÖVP	6
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

3.) Löschungserklärung – Fliesser Josef und Gabriele

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Ob der dem Fliesser Josef, geb. am 24.02.1961 und der Fliesser Gabriele, geb. am 24.02.1961 je zur Hälfte gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11142 Stockerau, Einlagezahl 4945 ist unter CLNr. 1 a das Wiederkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, soll hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung erteilen, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Wiederkaufsrechtes ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 4945 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Stockerau einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	20
	ÖVP	6
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

4.) Löschungserklärung – Meyer Willibald und Elfriede

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Ob der dem Meyer Willibald, geb. am 30.07.1936 und der Meyer Elfriede, geb. am 07.06.1941 je zur Hälfte gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11142 Stockerau, Einlagezahl 3232 ist unter CLNr. 1 a das Wiederkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, soll hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung erteilen, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Wiederkaufsrechtes ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 3232 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Stockerau einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0

Prostimmen:	SPÖ	20
	ÖVP	6
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

5.) Grundsatzbeschluss – Anschaffung eines Großtanklöschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Stockerau

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Freiwillige Feuerwehr Stockerau beabsichtigt die Anschaffung eines Großtanklöschfahrzeuges mit Allrad und 8000 Liter Wasser, 400 Liter Schaum und 250 kg Pulver. Das bisherige Tankfahrzeug Steyr 13S23, Baujahr 1989, muss 2009 ausgeschieden werden. Laut Bescheid des Landes ist eine Mindestausrüstung mit einem bestimmten Gesamt-Wasservolumen vorgesehen.

Dieser Grundsatzbeschluss ist erforderlich für die europaweite Ausschreibung, da diese bereits im Jahre 2008 zu erfolgen hat.

Die Anschaffungskosten betragen voraussichtlich ca. € 430.000,00 (inkl. USt.). Als Fördermittel werden ungefähr € 60.000,00 erwartet, die FF Stockerau wird sich mit einem Betrag von € 60.000,00 beteiligen. Somit bleibt für die Stadtgemeinde im Jahr 2009 ein Finanzierungsbedarf von ca. € 310.000,00.

Der Grundsatzbeschluss für die Anschaffung eines Großtanklöschfahrzeuges ist zu genehmigen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0

Prostimmen:	SPÖ	20
	ÖVP	6
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

6.) Grundsatzbeschluss – Anschaffung eines Kleinlöschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Oberzögersdorf

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Freiwillige Feuerwehr Oberzögersdorf beabsichtigt die Anschaffung eines Kleinlöschfahrzeuges. Die Kosten werden sich ungefähr auf € 70.000,00 inkl. USt. belaufen.

Laut Angabe der Feuerwehr ist mit einer Förderung der Landesfeuerwehrabteilung in Höhe von € 26.000,00 bei einer Bestellung bis Ende 2008 zu rechnen. Somit verbleibt für die Stadtgemeinde ein Finanzierungsbedarf für 2009 in Höhe von € 44.000,00.

Der Grundsatzbeschluss für die Anschaffung eines Kleinlöschfahrzeuges für die FF Oberzögersdorf ist zu genehmigen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0

Prostimmen:	SPÖ	20
	ÖVP	6
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

**7.) Genehmigung zur Führung des Stadtwappens –
1. Stockerauer Beachvolleyballverein Die Zwölfender 00**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Über Ersuchen des Vereines "1. Stockerauer Beachvolleyballverein Die Zwölfender 00" wird das Führen des

Stadtwappens,

welches zur Werbung der Turniere und für die Stadt Stockerau dienen soll (Dressen, Schriftsorten), gestattet.

Die Verwaltungsabgabe wird subventioniert.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	20
	ÖVP	6
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

8.) Verleihung von Hilfedienstmedaillen an MitarbeiterInnen des Roten Kreuzes

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Ansuchens des Roten Kreuzes wird nachstehenden Personen die

Hilfedienstmedaille in Bronze

an

BINDER Renate, 16.02.1996, KIT-Mitarbeiterin
BURGHARDT Manfred, 19.08.1947, KIT-Mitarbeiter
HALBARTSCHLAGER Richard, 20.01.1978, Rettungssanitäter
KRONDRAF Nikolaus, 09.01.1983, JRK-Leitung
KRÜCKEL Martin, 01.02.1979, Notfallsanitäter
LEHNER Rosemarie, 13.05.1965, KIT-Mitarbeiterin
SATTLER Peter, 27.01.1985, Rettungssanitäter
SAUER Thomas, 21.11.1961, Rettungssanitäter
ZIMMERMANN Stefan, 24.09.1982, Rettungssanitäter

und die

Hilfedienstmedaille in Gold

an

DI STEMBERGER Andreas, MSc, 19.01.1971, Dienststellenleiter

verliehen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	20
	ÖVP	6
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

9.) Löschungserklärung – Palatin Grundstücksverwaltungs Gesellschaft m.b.H.

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Ob der der Palatin Grundstücksverwaltungs Gesellschaft m.b.H. zur Gänze gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11142 Stockerau, Einlagezahl 5066 ist unter CLNr. 1 a das Vorkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau und unter CLNR. 2 a

eine Reallast des Bauzinses von jährl. ATS 30.000,--- für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, soll hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung erteilen, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Vorkaufsrechtes und der Reallast ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 5066 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Stockerau einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	20
	ÖVP	6
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

10.) Löschungserklärung – Renzler Maria

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Ob der der Renzler Maria, geb. am 11.01.1935 zur Gänze gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11142 Stockerau, Einlagezahl 3679 ist unter CLNr. 1 a das Wiederkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, soll hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung erteilen, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Wiederkaufsrechtes ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 3679 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Stockerau einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	20
	ÖVP	6
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

**11.) Verpflichtungserklärung betreffend Weiterleitung der
Bedarfszuweisungen für Fossilienwelt Weinviertel**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Bereich der Gemeinde Stetten ist ein Projekt mit dem Namen „Fossilienwelt Weinviertel“ geplant.

Dieses Projekt wird seitens der NÖ Landesregierung mit Bedarfszuweisungsmittel von insgesamt € 750.000,-- (d.h. auf 5 Jahre von 2007 bis 2011 jährlich mit € 150.000,00, aufgeteilt auf die 10 Gemeinden der Kleinregion 10 vor Wien mit einem Prozentschlüssel nach Einwohnerzahl) gefördert.

Jede beteiligte Gemeinde erhält ihren Projekt-Anteil an den Bedarfszuweisungen gemäß der beiliegenden Liste in den Jahren 2007 bis 2011. Die Gemeinden müssen die Bedarfszuweisungen unverzüglich nach deren Einlangen an die Gemeinde Stetten, welche die Finanzierungsabwicklung des Projektes erledigt, weiterleiten. Die Gemeinde Stetten wird die jeweiligen Bedarfszuweisungsmittel (für die Stadtgemeinde Stockerau jährlich € 45.480,00 von 2007 – 2011, somit insgesamt € 227.400,00) unmittelbar nach Erhalt an die Fossilienwelt GmbH transferieren bzw. für die Rückzahlung eines Zwischenfinanzierungsdarlehens verwenden, das die Gemeinde Stetten für die Realisierung des Vorhabens Fossilienwelt Weinviertel aufgenommen hat.

Im Sinne dieser von der NÖ Landesregierung vorgegebenen Abwicklung ersucht die Gemeinde Stetten die Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden der Kleinregion 10 vor Wien die beiliegende Verpflichtungserklärung zu unterfertigen und die dafür erforderlichen Beschlüsse in ihren Gremien einzuholen.

Im Außerordentlichen Haushalt der Stadtgemeinde Stockerau sind diese Zahlungen unter dem Vorhaben 53 – „MUSEUM - Fossilienwelt Weinviertel“ - ausgewiesen.
Die Verpflichtungserklärung ist zu genehmigen.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Ist bei uns ein Durchlauferposten.

Bürgermeister Laab: So ist es.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	20
	ÖVP	6
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

12.) Ausgliederungsvereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Stockerau und KIG

Wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

13.) Kaufvertrag zwischen der Stadtgemeinde Stockerau und der KIG

Wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

14.) Haftungsübernahme – Stadtgemeinde Stockerau - KIG

Wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

15.) Projektgruppe – Kindergärten/Musikschule

Wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

III. Anträge des Stadtrates

a.) Finanz- und Liegenschaftsverwaltung

1.) Rechnungsabschluss 2007

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Rechnungsabschluss 2007 der Stadtgemeinde Stockerau einschl. der städtischen Leichenbestattung, der Hauptschulgemeinde, der Polytechnischen Schule, der Sonderschulgemeinde, des Staatsbürgerschaftsverbandes, des Standesamtsverbandes, ist in der Zeit vom 10. März 2008 bis einschließlich 25. März 2008 gemäß § 83 der NÖ Gemeindeordnung zur Einsicht durch die Gemeindemitglieder aufzulegen.

Der vorliegende Rechnungsabschluss weist lt. Gesamtübersicht auf den Seiten XII-XV für das Finanzjahr 2007 folgende Summen auf:

<u>ordentlicher Haushalt</u>	SOLL-Einnahmen	€ 33.783.844,94
	SOLL-Ausgaben	€ 35.179.491,06
<u>außerordentlicher Haushalt</u>	SOLL-Einnahmen	€ 22.237.848,01
	SOLL-Ausgaben	€ 21.951.155,97

Aufgrund dieser Summen ergibt sich für 2007 im OHH ein SOLL-Fehlbetrag von € 1.395.646,12. Unter Berücksichtigung des vorgetragenen Fehlbetrages aus dem Vorjahr in Höhe von € 3.857.764,55, ergibt sich ein SOLL-Fehlbetrag von € 5.253.410,67.

Der AO.HH weist 2007 einen SOLL-Überschuss in Höhe von € 286.692,04 aus, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorjahre errechnet sich ein SOLL-Fehlbetrag von € 8.837.209,64.

Im Detail ergeben sich im Ordentlichen Haushalt folgende Summen:

Den veranschlagten Einnahmen von	€ 37.864.100,00
stehen tatsächliche Einnahmen von	€ 33.783.844,94 gegenüber.
Dies bedeutet eine Unterschreitung von	€ 4.080.255,06
Ausgabenseitig wurden ebenfalls veranschlagt	€ 37.864.100,00
bei einem tatsächlichen Ergebnis von	€ 39.037.255,61
ergibt eine Überschreitung von	€ 1.173.155,61

Vizebürgermeisterin Hermanek: Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wie das Ergebnis des vorliegenden Rechnungsabschlusses zeigt, liegt ein äußerst schwieriges Jahr hinter uns.

Einleitend möchte ich daher die Eckzahlen darstellen.

Bei einem Vergleich der Zahlen des Rechnungsabschlusses 2007 der Stadtgemeinde Stockerau mit dem Rechnungsergebnis 2006 zeigt sich bei den Einnahmen eine Erhöhung von rund 7,3 % und bei den Ausgaben eine Erhöhung von etwas über 5,4 %. Daraus ergibt sich für den Rechnungsabschluss 2007 im ordentlichen Haushalt ein Soll-Fehlbetrag von € 1,395.646,12. Unter Berücksichtigung des vorgetragenen Fehlbetrages aus dem Vorjahr von € 3.857.764,55 verbleibt ein Soll-Fehlbetrag von € 5,253,410,67. Bei den größten laufenden Einnahmen, die für die Stadtgemeinde besonders wichtig sind, den Ertragsanteilen der gemeinschaftlichen Bundesabgaben und hier besonders bei den Ertragsanteilen nach dem Bevölkerungsschlüssel konnten gegenüber dem Rechnungsergebnis 2006 Mehreinnahmen in der Höhe von € 744.324,61 erzielt werden. Bei den gemeindeeigenen Abgaben, die die wichtigsten Einnahmen für die Stadtgemeinde darstellen, wurden zwar Mehreinnahmen gegenüber dem Rechnungsabschluss 2006 in der Höhe von € 245.883,- erzielt, jedoch konnten die 2007 veranschlagten Einnahmen bei der Kommunalsteuer sowie bei den Aufschließungskosten nicht erreicht werden und zwar um € 215.287,-, bzw. um € 270.210,-. Bei der Kommunalsteuer sind vor allem Konkurse und Betriebsschließungen der letzten beiden Jahre für die Stagnation verantwortlich die nicht durch Firmenneuanmeldungen wettgemacht werden konnte.

Betrachtet man die laufende Gebarung laut Rechnungsquerschnitt so sind die wichtigsten Einnahmen mit 29,3 % die Ertragsanteile (9,9 Mio), gefolgt von den eigenen Steuern mit 20,5 % (6,9 Mio) und den Gebühren mit 17,7 % (5,9 Mio.), sowie den Einnahmen aus Leistungen mit 14,2 % (4,7 Mio.) und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit mit 8,3 % (2,7 Mio).

Ausgabenseitig schlägt sich der Verwaltungs- und Betriebsaufwand mit 36 % (11,6 Mio), Leistungen für Personal mit 32,4 % (10,5 Mio), die lfd. Transferzahlungen mit 15,8 % (5,1 Mio) und der Zinsaufwand mit 6,4 % (2 Mio) nieder.

Im Dienstleistungsbereich der Stadtgemeinde wurde sehr gute Arbeit geleistet und bis auf wenige Ausnahmen mit kostendeckenden Gebühren das Auslangen gefunden. Bei der Wasserversorgung und bei der Abwasserbeseitigung konnten wieder Gewinne in Höhe von € 195.495,63 entnommen werden. Bei der Müllbeseitigung konnten die Einnahmen gesteigert und damit die Ausgaben abgedeckt werden. Der Abgang bei der Mülldeponie ist unter anderem auf die weiter laufenden Refinanzierungskosten zurückzuführen, die in Zukunft auch über die Einnahmen der Abfallbeseitigung finanziert werden sollte.

Bei den Freizeiteinrichtungen der Stadtgemeinde stellt sich die Situation wie folgt dar:

Beim Veranstaltungszentrum 2000 konnte das Ziel, den Betriebsaufwand über die Einnahmen zu erwirtschaften fast erreicht werden, lässt man die Aufwendungen für die Leasingraten außer Acht.

Bei der Mehrzweckhalle Alte Au sind durch die überwiegend sportliche Nutzung der Einrichtung durch Schulen und Vereine die Mieteinnahmen zurückgegangen, decken aber die Betriebskosten.

Finanzielle Sorgen bereiten nach wie vor die Abgänge beim Erholungszentrum und der Sporthalle. Bei der Sporthalle wurden die veranschlagten Ausgaben um € 40.313,- überschritten und die Einnahmen um etwas über € 52.237,- gegenüber dem Voranschlag nicht

erreicht. Weniger Leistungserlöse sind die Ursache dafür. Hier wird es notwendig sein, in der KIG Stockerau Maßnahmen zu setzen, um eine bessere Vermarktung dieser Anlage zu erzielen.

Beim Eislaufplatz blieben die Leistungserlöse gegenüber dem Rechnungsabschluss 2006 auf gleichem Niveau, jedoch ist bei Instandhaltungen ein Mehraufwand hinzunehmen.

Beim Hallenbad konnten im vergangenen Jahr die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr gleichgehalten werden. Das zeigt von einer anhaltenden Attraktivität dieser Einrichtung. Der Mehraufwand bei den Ausgaben ist unter anderem durch einen höheren Energie- und Zinsaufwand zu begründen.

Beim Freibad konnten die Einnahmen gegenüber dem Voranschlag bis auf € 11.607,- erreicht werden. Hier ist es sehr schwer den richtigen Ansatz zu treffen, da man sehr stark von der jeweilig herrschenden Wetterlage abhängig ist. Gesamt betrug der Abgang bei diesen Einrichtungen rund € 1,374.000,--. Dieser Aufwand stellt für die Finanzen der Stadtgemeinde immer eine große Belastung dar, sie ist jedoch wie ich meine für die Lebensqualität einer Gemeinde sehr wichtig.

Der Kultursektor ist eine der großen Aufgaben mit entsprechenden Ausgaben. Die Ausbildung in Musik und darstellender Kunst, also unsere Musik- und Ballettschule, erforderte einen Zuschuss von der Gemeinde in Höhe von € 260.971,41. Dieser Betrag ist vergleichbar mit dem Jahr 2005. Bei der Musik- und Ballettschule Stockerau ist es notwendig, Sanierungsmaßnahmen durchzuführen, die nicht nur eine Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten, sondern auch eine Erweiterung des Ausbildungsangebotes ermöglicht, um auch in Zukunft für die Stockerauerinnen und Stockerauer einen attraktiven Unterricht anbieten zu können.

Die Festspiele 2007 sind einer der Faktoren und Ursache für den Abgang im Rechnungsabschluss 2007. Das bedeutet Einnahmen von € 584.390,59, Ausgaben von € 969.261,43 und somit einen Abgang von € 434.870,84. Das Experiment, ein unbekanntes, neues Stück auf den Spielplan zu setzen, ist meiner Meinung nach einer der Ursachen für die geringe Auslastung dieser Produktion. Diesem Aspekt wurde bei der Stückwahl für das heurige Jahr Rechnung getragen und mit dem Musical „Ein Käfig voller Narren“ werden wir den Geschmack des Publikums sicher besser treffen, das zeigen bereits die Zahlen des laufenden Vorverkaufes.

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, die eben genannten Zahlen zeigen wie hoch der finanzielle Aufwand der Stadtgemeinde Stockerau für Sport und Kultur ist. Doch ich bin überzeugt davon, dass trotz der vielen Diskussionen es richtig ist, diese Investitionen zu tätigen um hier unserer Bevölkerung Sport- und Freizeiteinrichtungen zur Verfügung stellen zu können, die für das kommunale Zusammenleben in einer Stadt unserer Größenordnung wichtig sind. Dies zeigt auch, das immer stärker werdende Interesse seinen Lebensmittelpunkt in unsere Stadt zu verlegen.

Nicht unerwähnt bleiben soll, dass sehr viele Einrichtungen der Stadt von Vereinen und Organisationen kostenlos genutzt werden, wobei sämtliche Kosten des laufenden Betriebes und Instandhaltung von der Gemeinde zu bezahlen sind, die natürlich auch im Rechnungsabschluss ihren Niederschlag finden. An dieser Stelle möchte ich anmerken, dass eine der nächsten Maßnahmen die Neuorganisation der Subventionen sein muss.

Wie schon in den vergangenen Jahren stellen auch beim Rechnungsabschluss 2007 die diversen Umlagen, die wir an das Land NÖ abführen, große Belastungen für das Budget dar.

Die Sozialhilfeverbandsumlage auf Seite 46 betrug € 1.547.669,35 (1.530.081,71 – 2006) und ist nur geringfügig gegenüber dem Rechnungsabschluss 2006 gestiegen. Die allgemeine Sozialhilfeumlage betrug € 131.483,62, die Jugendwohlfahrt € 207.839,89 und der Berufsschulbeitrag an den gewerblichen Berufsschulrat € 151.235,--. In Summe ergeben diese Transferzahlungen € 2.038.227,86 (2006 -> 1.995.130,83). Diese liegen damit um € 43.097,03 oder 2,1% höher als im Jahr 2006. Zum Berufsschulbeitrag gibt es noch die zusätzliche Leistung der Gemeinde für die Lehrlingsausbildung in Form des Kostenersatzes der Kommunalsteuer für Lehrlinge im ersten Lehrjahr in Summe € 5.744,44. Die Ausbildung von 10 Lehrlingen bei der Stadtgemeinde bildet unseren Beitrag, Jugendlichen eine Möglichkeit zur Berufsausbildung zu geben. Insgesamt werden in den berufsbildenden Schulen in Stockerau 2.777 Jugendliche ausgebildet.

Beim Pflegeheim der Stadt Stockerau konnte das positive Ergebnis des Vorjahres nicht erreicht werden. Hier mussten Mindereinnahmen im Vergleich mit dem Voranschlag in der Höhe von € 260.643,38 zur Kenntnis genommen werden, die aufgrund von Reduktionen des Pflegegeldes und der Grundgebühr zurückzuführen sind. Dass hier ausgezeichnete Arbeit im Bereich der Pflege, wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht geleistet wird, zeigt die sehr gute Auslastung dieser Einrichtung.

Die Finanzierung des Gesundheitswesens schlägt sich 2007 mit insgesamt € 3.888.682,80 zu buche. Darin enthalten sind die NÖKAS-Umlage und der Standortbeitrag in Höhe von € 2.444.886,13.

Um die nach der Übernahme des Krankenhauses durch das Land NÖ aushaftenden Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenanstaltenverband abdecken zu können, war ein Darlehen in Höhe von € 14.596.300,- notwendig. Dieses Darlehen wurde mit einer Laufzeit von 12 Monaten aufgenommen und soll mit dem Ausgliederungserlös wieder abgedeckt werden. Somit bleiben für die Zukunft der Stadtgemeinde Stockerau neben den NÖKAS-Kosten bis 2016 noch die jährlichen Aufwendungen in Höhe von rund € 600.000 für die Errichtung des Krankenhauses.

Der Fremdenverkehr wurde mit € 132.576,39 unterstützt und an Wirtschaftsförderung wurde im abgelaufenen Jahr € 111.205,53 ausgegeben. Diese Beträge bedeuten eine leichte Steigerung gegenüber dem Rechnungsabschluss 2006. Das Stadtmarketing wurde mit € 65.000,-- subventioniert.

Beim Rechnungsabschluss des außerordentlichen Haushaltes müssen die Fehlbeträge in den nächsten Jahren weiter abgebaut werden.

Bedingt durch das Vorhaben 9 – Abwicklung Gesundheitswesen – welches 2/3 des AO-Budgets ausmacht, haben sich die Einnahmen auf einen Betrag von € 22.237.848,01 und die Ausgaben auf einem Betrag von € 21.951.155,97 erhöht. Der SOLL Fehlbetrag hat sich geringfügig reduziert und beträgt € 8.837.209,64.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Der vorliegende Rechnungsabschluss für 2007 zeigt deutlich die schwierige wirtschaftliche Lage, in der sich die Stadt Stockerau befindet.

Aufgrund des Gründungsbeschlusses der Kommunalen Immobilien Gesellschaft Stockerau in der Sitzung des Gemeinderates vom 7. Februar 2008, mit den damit verbundenen Maßnahmen, werden die Rechnungsabschlüsse der kommenden Jahre wieder ausgeglichen bilanziert werden können. Wenn sich dadurch auch die buchhalterischen Darstellungen ändern, so wird es auch in Zukunft unbedingt notwendig sein, einen strikten Sparkurs einzuhalten.

Ausgaben wie die Sozialhilfeverbandsumlage und dergleichen sind weiter gestiegen. Diese Steigerungen können seitens der Stadtgemeinde kaum beeinflusst werden, da es sich überwiegend um Kosten handelt, die uns von Bund und Land übertragen werden. Der Personalkostenanteil der laufenden Ausgaben von 32,4 % ist gegenüber dem Vorjahr nahezu gleichgeblieben und soll trotz der immer größer werdenden Anforderungen nicht angehoben werden und nur notwendige Personalaufnahmen durchgeführt werden.

Der Schuldenstand betrug mit Ende Dezember 2007 € 53,846.882,92 gegenüber € 36,838.306,41 im Jahr 2006. Die Deckung des Schuldenstandes durch Gebühren, Mieten und Abgaben beträgt 42,96%, im Rechnungsabschluss 2006 waren es 65,947%. Beim Schuldendienst, also Kapital und Zinsen beträgt der Deckungsgrad 65,23 %. Im Budgetjahr 2007 waren Kapitaltilgungen von € 687.800,-- ausgesetzt. Von den oben ausgewiesenen Gesamtschulden sind dem öffentlichen Sektor € 30,561.884,14 zuzurechnen (Maastricht-Schulden). Die Schulden der marktbestimmten Gemeindebetriebe, also keine „Maastricht-Schulden“, betragen daher € 23,284.998,78. Im Gesamtschuldendienst sind zinslose Darlehen, wie z. B. vom Schul- u. Kindergartenfonds in Höhe von € 1,295.357,03 enthalten.

Die Prokopffverschuldung auf Basis des bereits erwähnten Schuldenstandes beträgt für das Jahr 2007 € 3.725,91 gegenüber € 2.549,01 Ende 2006. Dieser Verschuldungsgrad hat sich durch das Darlehen in Höhe von € 14,6 Mio. für den Gesundheitsbereich stark erhöht, doch haben alle Gemeinden, die Träger einer Krankenanstalt waren, große finanzielle Probleme. Eine Konsolidierung des Budgets wird es, wie bereits erwähnt, im Jahre 2008 geben.

Bei den eingegangenen Leasingverpflichtungen beträgt das Restkapital per 31.12.2007 € 31,769.718,11 – darin enthalten sind auch die Leasingbeträge für das Krankenhaus in Höhe von € 5,715.416,90, welche wir trotz Landesübernahme weiterhin zu begleichen haben.

Meine Damen und Herren!

Ich darf mich abschließend bei allen, die an der Erstellung der Rechnungsabschlusses 2007 beteiligt waren, recht herzlich bedanken, besonders bei Herrn Bürgermeister Laab und Herrn Buchhaltungsdirektor Zimmermann. Mein besonderer Dank gilt auch den Gemeindebürgern der Stadt als Gebühren- und Steuerzahler sowie den Gemeindebediensteten für Ihre Tätigkeit. Ich darf Sie ersuchen, die Überziehungen gemäß dem Gemeinderatsbeschluss aus 1988, welche dem Amtsbericht beiliegen, als erläutert zu betrachten und ohne weitere Verlesung zu genehmigen.

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Rechnungsabschluss 2007 der Stadtgemeinde Stockerau einschließlich der städtischen Leichenbestattung sowie der Erläuterungen der Überziehungen wird genehmigt.

Die Jahresrechnung der Hauptschulgemeinde, der Polytechnischen Schule Stockerau, der Sonderschulgemeinde Stockerau, des Staatsbürgerschaftsverbandes Stockerau sowie des

Standesamtsverbandes wurden bereits von den zuständigen Organen genehmigt und werden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Huemer: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Vizebürgermeisterinnen, hoher Gemeinderat!

2007 war das erste ganz Finanzjahr unter Bürgermeister Laab. Leider können wir im Rechnungsabschluss 2007 keine Verbesserungen gegenüber dem Rechnungsabschluss 2006 feststellen. Ganz im Gegenteil.

Beispiel Kommunalsteuer: Bereits im Rechnungsabschluss 2006 haben wir mehr als € 200.000,-- minus eingefahren. Nichts desto trotz hat man im Voranschlag 2007 optimistisch budgetiert, die Voranschlagssumme 2006 wurde sogar noch um € 50.000,-- erhöht. Jetzt sind wir wieder mit € 215.000,-- unter den Erwartungen geblieben. Dieser Fehlbetrag entspricht ungefähr der Kommunalsteuer von etwa 120 bis 150 ArbeitnehmerInnen unserer Stadt. Das heißt schlicht und einfach, dass auf dem Gebiet der Betriebsansiedlungen und der Arbeitsplatzschaffung nichts zusammengebracht wurde. Hier ist die Politik gefordert. Diese Aufgabe nur auf die Unternehmer abzuwälzen, ist unverantwortlich. Dazu gehört nicht nur, dass die bestehenden Betriebe gestärkt und gefördert werden müssen, sondern auch die Bereitstellung von Flächen, auf denen sich neue Betriebe ansiedeln können. Wir glauben und das sagen wir nicht zum ersten Mal, dass sich mit dieser Ansiedlung eine Person oder eine Personengruppe aktiv und professionell beschäftigen muss. Wie uns bekannt ist, gibt es aber auch Private, die mutig in Eigeninitiative auf ihr eigenes Risiko Investitionen durchführen möchten und bei der Gemeinde vorstellig waren. Solche Personen sollte man mit offenen Armen empfangen und alle Möglichkeiten schaffen, dass es rasch zu einer Verwirklichung kommen kann. Ich denke da z.B. an ein Projekt eines Rast- und Seminarhotels, welches für etwa 60 Arbeitnehmer neue Arbeit schaffen würde und natürlich eine wesentliche Erhöhung der Kommunalsteuer bedeuten würde.

Die sinkenden Kommunalsteuern 2007 beweisen aber auch, dass wieder die Möglichkeit, gemeindeeigene Einnahmen zu erwirtschaften, versäumt wurde.

Einen traurigen Rekord im Jahr 2007 weisen die Festspiele auf. Bei einem Abgang von rund € 435.000,-- stellt sich die Frage, ob wir uns diese kulturelle Einrichtung in Zukunft überhaupt noch leisten können. Immerhin hat dieses Ergebnis das ohnehin schon hohe Minus des Vorjahres um rund € 100.000,-- überboten. Wir bekräftigen unsere Meinung, dass die Ergebnisse 2008 und 2009 für die Volkspartei die Entscheidung über die Weiterführung der Festspiele in dieser Form bringen werden.

Eine weitere hohe Ausgabe sind bei einem "Servicebetrieb", wie es die Stadtgemeinde Stockerau ist, die Personalkosten. Unerklärlich ist jedoch, warum die Personalkosten um mehr als € 600.000,-- gestiegen sind als im Jahr zuvor. Das bedeutet eine Steigerung von ca. 6%, die sich durch alle Bereiche zieht. Es drängt sich der Verdacht auf, dass der Dienstpostenplan nicht eingehalten wurde. Leider konnten diese ca. 6%ige Steigerung nicht die Bediensteten der Gemeinde ihr Eigen nennen. In der Beilage Bedienstetenstand sieht man, dass wir im Jahr 2007 bei den Vertrags- und sonstigen Bediensteten über dem Soll des Dienstpostenplanes liegen, bei den Beamten sind wir um 1 unter dem Soll, Lehrlinge bildet die Stadtgemeinde aber weniger aus als im Dienstpostenplan vorgesehen. Uns ist zwar jeder Arbeitsplatz viel wert, jedoch bei einer angespannten Budgetsituation, wie wir sie haben, glaube ich, müssen wir als verantwortliche Kommunalpolitiker die Vorgaben einhalten.

Zum Glück gibt es im Zusammenhang mit dem Rechnungsabschluss 2007 auch eine erfreuliche Entwicklung, die uns allerdings ohne eigenes Zutun zufällt. Bei den Bundesertragsanteilen gab es eine Steigerung um etwa 8,5% gegenüber dem Jahr 2006. Dieser Steigerungsbetrag entspricht immerhin einer Summe von ca. einer $\frac{3}{4}$ Million Euro.

Zum Abschluss möchte ich noch auf darauf hinweisen, dass wir durch die Immobilienausgliederung wesentliche Lasten direkt aus dem Budget bringen werden. Wir müssen aber auch bedenken, dass wir an die KIG Miete zahlen, Zinsen und Personal finanzieren müssen.

Meiner Fraktion macht es Kopfzerbrechen, wie wir das alles finanzieren können, wenn es sogar in einem ganz normalen Budgetjahr wie 2007 ohne besondere aufwendige Investitionen nicht gelingt, ausgeglichen zu bilanzieren. Das heißt einerseits Sparen bei den Ausgaben und im laufenden Betrieb, Effizienzsteigerungen und Strukturreformen sind dringend notwendig. Das heißt andererseits Einnahmen erwirtschaften – Stichwort Kommunalsteuer – und hoffen, dass sich die Bundesertragsanteile weiter positiv entwickeln.

Zum Schluss ein Dankeschön an alle, vor allem an Herrn Dir. Zimmermann, die an der Erstellung des Rechnungsabschlusses 2007 mitgewirkt haben.

Aufgrund der angeführten Kritikpunkte kann die ÖVP dem Rechnungsabschluss 2007 keine Zustimmung geben.

Gemeinderat Ihm Franz: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Vizebürgermeisterinnen, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Rechnungsabschluss 2007 ist, wie jedes Jahr, ein buchhalterisches Meisterwerk. Und wir können allen, die daran beteiligt waren, unseren Dank aussprechen. Danken will ich auch den Gemeindebediensteten, sowie schon voriges Jahr, wenn sie durch ihren Einsatz dafür sorgen, dass die Budgetmittel wirklich mit der erforderlichen Rücksicht verwendet werden, sonst wären gewisse Dinge nicht möglich. Dass Entwicklungen nicht so positiv laufen, nur zum Teil im Gemeindebereich, bei den Bediensteten zum Großteil, ist hier Fremdbestimmung gegeben. Als sehr positiv an diesem Rechnungsabschluss möchte ich hervorheben, dass die Aufstellung zu den Vermögenswerten vorgenommen wurde und mit den einzelnen Betrieben Bilanzen erstellt wurden, sodass man in etwa abschätzen kann, wie sich die Entwicklung dieser Bereiche in Zukunft verlaufen wird. Bzw. wird man in der Zukunft dann sehen, wie die Trends in den einzelnen Bereichen sind und kann hier dann entsprechend eingreifen.

Die einzelnen Zahlen, Details wurden bereits durch Kollegen Huemer ausführlich behandelt. An dem kann man nichts mehr rütteln, es sind die Ergebnisse des vergangenen Jahres. Die Entwicklung war leider so, wie wir beim Voranschlag schon festgestellt haben, die Einnahmen haben sich leider so entwickelt, wie es der Voranschlag vorgesehen hat. Die Ausgaben sind leider größer geworden als im Voranschlag vorgesehen. Trotz der gestiegenen Ertragsanteile haben wir eben zu wenig Geld zur Verfügung.

Festspiele – Kollege Huemer schon gesagt – die Festspiele werden uns immer etwas kosten. Die Frage ist nur, ob wir uns Abgänge in dieser Höhe noch lange leisten können. Es ist zu hoffen, dass durch die Stückwahl zu einer besseren Auslastung kommen wird. Ich fürchte, dass wir wahrscheinlich weitere große Abgänge hier haben werden. Wir haben schon einmal im Ausschuss von einer Grenze von etwa € 200.000,-- Defizit gesprochen. Das ist in ATS an die 3 Millionen.

Was mir noch aufgefallen ist, sind die Kosten der Heizung. Bei den einzelnen Betrieben sind die Energiekosten relativ gestiegen. Die Frage, die sich stellt, ob die Errichtungskosten darin enthalten sind, oder ob das Gas billiger war. Ich glaube, es ist hauptsächlich ein Problem der Verbuchung, weil es eine Rechnung ist. Das zeigt, dass im System Fehler sind, da man nicht genau feststellen kann, welche Kosten wodurch abgedeckt werden, wo Einnahmen für Tätigkeiten sind, die Kosten verursachen. Z. B. der veterinärärztliche Bereich hat Einnahmen von € 135,-- und Aufwendungen von € 33.000,--. Es gibt hier offenbar einen Bereich, wo die Gebühren auf ein anderes Konto verbucht werden. Ähnlich ist es bei der Baupolizei, dass dort Gebühren auf andere Konten verbucht werden, Leistungen aber in der Abteilung anfallen. Die Transparenz des Systems lässt sehr zu wünschen übrig. Es ist dann auch schwer festzustellen, ob Tätigkeiten Kosten verursachen, die nicht abgedeckt sind. Dazu kommt noch, dass Einnahmen nicht immer Einnahmen sind. Sie sind zwar auf der Einnahmenseite verbucht, bestehen aber z.B. aus Krediten, die man als Einnahme verbucht und dann in dem folgenden Jahr aufgrund der Rückzahlungen diese Einnahmen dann Ausgaben darstellen. Es ist schon richtig, dass wir mit Krediten verschiedene Projekte abwickeln müssen, um überhaupt Förderungen zu bekommen. Wasserwirtschaftsfonds etc., das läuft alles über Kredite, wo die Zinsen nicht belasten. Wir haben aber auch diverse Kredite laufen, wo die Zinsen sehr wohl belasten. Es ist auch wieder zu sehen, dass uns hier bei den Zinsen auch die Kosten sehr belasten, vor allem weil jetzt das Zinsniveau ansteigt. Bei zukünftigen Aufnahmen müssen wir umso vorsichtiger agieren. Daher unsere alte Forderung nach dem Controlling, nach weiteren Prüfungen durch das KDZ, weitere Verbesserung des Benchmarking, ohne Vergleichszahlen werden wir das nicht beherrschen und ohne externe Berater wird es uns schwer fallen, das zu machen. Da wir schon beim Voranschlag unsere Probleme dargelegt haben und unsere Befürchtungen leider zugetroffen sind, sehen wir uns außerstande dem Rechnungsabschluss zuzustimmen.

Stadtrat Straka: Auch die GRÜNEN werden dem Rechnungsabschluss 2007 ablehnen, wie wir es auch schon beim Voranschlag getan haben, weil die Entwicklung der Zahlen gezeigt hat, dass eben die Einschätzungen nicht richtig getroffen worden sind.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Ich möchte den Ausführungen meines Kollegen Stadtrat Huemer, der es auf den Punkt gebracht hat, nur ganz kurz etwas hinzufügen. Frau Vizebürgermeisterin hat gesagt, es war ein schwieriges Jahr. Ich weiß nicht, warum es sehr schwierig war, es war eigentlich ein ganz normales Jahr. Wir haben keine besonderen Investitionen getätigt, wir haben keine aufregenden Großprojekte finanziert. Wir haben sogar Glück gehabt, weil die Bundesertragsanteile ganz ordentlich gestiegen sind. Wir haben außerdem von der Asfinag € 377.000,-- bekommen, die wir jetzt gewinnbringend beim Forst verbucht sind. Das ist eigentlich geschenktes Geld und trotzdem ist es nicht gelungen, den laufenden Betrieb ausgeglichen zu bilanzieren. Ich glaube, das muss uns wirklich zu denken geben und soll uns darin bestätigen, was wir immer schon gefordert haben. Die Immobilienausgliederung ist die eine Sache, aber wenn wir nicht uns irgendwie im Detail mit allen beschäftigen, wenn wir nicht Analysen machen, wenn wir nicht Strukturreformen durchziehen, wenn man jede Haushaltsstelle durchleuchtet und geschaut wird, wo gespart werden kann, wenn man so weiter macht, dass einfach durchwegs die Personalkosten steigen quer durch die Bank, dann wird uns der laufende Betrieb umbringen. Das sind, glaube ich, keine Perspektiven für unsere Stadt, die irgendjemand da herinnen haben will.

Stadtrat Bolek: Ich werde mich kurz fassen. 1. Korneuburg hat genauso ein Spital gehabt und ich habe mit Erstaunen in der Zeitung gelesen, dass sie € 1 Million plus geschrieben haben im Jahr 2007. Ich gestehe dem Herrn Bürgermeister zu, dass er für den Rechnungsabschluss 2007 sicher nicht die volle Verantwortung trägt. Das ist der der lange Atem des Vorgängers, 25 Jahre Geld ausgeben und wenig planen. Ich hoffe wirklich, dass wir 2008 von besseren Zahlen reden können. Deshalb ist es auch sehr wichtig, dass wir gewissenhaft und sehr genau überlegen, wofür wir in Zukunft Geld ausgeben, und dass wir realistische Voranschläge machen und die dann auch vernünftig einhalten. Die Zustimmung zu dem Rechnungsabschluss kann logischerweise nicht gegeben werden, weil die Vorschau und der Abschluss nicht zusammen passen. Herr Bürgermeister, der nächste Voranschlag und Rechnungsabschluss ist voll in Ihrer Verantwortung und so hoffen wir auf bessere Zahlen.

Bürgermeister Laab: Es sind jetzt die einzelnen Stellungnahmen zum Rechnungsabschluss erfolgt. Es wurde die Kommunalsteuer genannt. Herr Stadtrat Huemer hat die Betriebsansiedelung kritisiert. Es ist doch schon so zu sehen, dass die Betriebsansiedelungen doch eine gewisse Zeit dauert und es ist der Stadtgemeinde zuzuschreiben, dass in absehbarer Zeit ein Betrieb eröffnet und 50 bis 80 Arbeitsplätze bringen soll. Durch das Engagement unserer Mitarbeiter, die die Vermittlung gemacht haben, weil wir keine so großen Flächen in unserem Besitz haben, ist es zustande gekommen, dass dieser Betrieb hier entstehen konnte. Man tut den Mitarbeitern sehr unrecht. Sie stehen eigentlich an vorderster Front und bemühen sich, wenn Anfragen kommen, sie auch umzusetzen.

Der Wirtschaftsförderungsverein, der eigentlich auch dieses Ziel haben sollte, Arbeitsplätze in die Stadt zubringen – wie weit hier Arbeitsplätze geschaffen wurden und neue Betriebe angesiedelt werden konnten. Es ist vielleicht wirklich zu überlegen, wenn vom Sparen gesprochen wird, dass die Subventionen, und da gehört auch die Förderung an den Wirtschaftsverein dazu, neu überdacht werden müssen.

Kommunalsteuer – es fanden auch viele Insolvenzen statt und wir aushaftende Kommunalsteuerbeträge über das Konkursverfahren wahrscheinlich nicht mehr erhalten werden.

Das Rast- und Seminarhotel, welches von Stadtrat Huemer angesprochen wurde, ist absichtlich noch nicht in die Öffentlichkeit getragen worden, weil die Betreiber die Gelegenheit haben möchten, das Projekt vor einem Ausschuss zu präsentieren. Es ist richtig, sollte es zustande kommen, werden ca. 50 Arbeitsplätze geschaffen.

Personalkosten – hier kann man sicherlich nicht, die Zahlen von einem Jahr auf das andere vergleichen. Sie beinhalten die gesetzlichen Erhöhungen, Abfertigungen.

Zinsen – wenn wir in der Lage gewesen wären, im Voraus zu wissen, wie sich die Zinsen entwickeln, hätten wir wahrscheinlich auch die Ausgliederung nicht gebraucht.

Energiekosten – es sind hier Maßnahmen zu setzen, Verhandlungen zu führen, ob die gültigen Verträge die optimalen sind. Es gibt Organisationen, die im Stande sind, wo wir das überprüfen lassen können. Für die Fernwärme hat die die EVN die Einstufung getroffen, wie viel Kilowatt-Bedarf hier ist. Nach meiner Einschätzung ist es möglich, Reduzierungen da oder dort zu haben.

Das sind im Großen und Ganzen die nicht erfreulichen Dinge vom Rechnungsabschluss. Mir ist klar, dass manche Dinge nicht von heute auf morgen zu ändern sind.

Festspiele – wir haben gewusst, dass es ein schlechtes Jahr war, was die wirtschaftliche Auslastung betroffen hat. Die Stückwahl für heuer und auch für nächstes Jahr bietet einen attraktiven Titel.

Stadtrat Huemer: Ich habe mit meinen Betriebsansiedelungen in keiner Weise gemeint, dass Mitarbeiter nicht schauen, dass Betriebe nach Stockerau kommen. Das Bemühen ist mir bewusst und muss auch, glaube ich, selbstverständlich sein.

Wirtschaftsförderung – die Unternehmer sind dankbar, auch sie zahlen ein.

Bürgermeister Laab: Seitens der Stadtgemeinde muss es erlaubt sein, zu schauen, was ist die Leistung, was kommt heraus. Warum sind mehr ausgeschlossen von der Förderung als eingeschlossen. Darüber nachdenken zu können, muss legitim sein.

Gemeinderat Moll: Die Unternehmer hätten mehr davon, wenn sie nichts zahlen müssten. Ich habe vor Jahren beim Industriegebiet Nord davor gewarnt, so vorzugehen, wie wir dann vorgegangen sind, nämlich zuerst umzusetzen, dem Gemeinderat zu sagen, wir planen das und dann sofort in die Öffentlichkeit zu gehen, sodass die Grundbesitzer wissen, sein Grundstück wird Industriegebiet werden. Ich habe damals gesagt, wir sollten so vorgehen, wie es auch Nachbargemeinden, kleine Gemeinden machen. Bevor das an die Öffentlichkeit geht, mit den Grundstückseigentümer einen privatrechtlichen Vertrag abzuschließen, der uns als Gemeinde 1. das Recht gibt, mit Interessenten zu verhandeln, und 2. wo auch der Preis schon festgelegt ist. Dass es trotz ungünstiger Voraussetzungen doch geglückt ist, 2 Großbetriebe nach Stockerau zu bekommen, ist schon eine beachtenswerte Leistung. Ich hoffe, vor allem dass die Entscheidungsgrundlage, die Fa. Schachinger nach Stockerau zu bringen, eine Vorbildwirkung für andere betriebsansiedlungswillige Unternehmen hat.

Festspiele – wo ist eigentlich unsere Schmerzgrenze? Die Schmerzgrenze wurde einmal in einem Kulturausschuss mit € 200.000,-- festgelegt. Jetzt sind wir wieder deutlich darüber. Wann reagieren wir eigentlich? Wie lange schauen wir uns das tatenlos an? Wir können das nicht immer wieder schön reden und hoffen, dass nächstes Jahr das Stück die Zuschauer bringt. Es hat ein einziges Mal ein ausgeglichenes Budget gegeben. Ok., Kultur kostet etwas, aber so viel? Das ist für mich absolut in Frage zu stellen. Ich möchte wissen, ab welchen Betrag wir bereit sind, zu sagen, lieber Herr Intendant Haider es tut uns leid, aber wir können uns das schlicht und einfach nicht mehr leisten. Im übrigen möchte ich noch sagen, dass sein Manager gesagt hat, in der Presse ist das gestanden, "sollen wir Kammerspiele spielen". Genau das sollten wir. Weil 1. es in NÖ keine Kammerspiele gibt, und wenn ich mir ansehen, was in Wien in den Kammerspielen Stücke gespielt werden mit 3,4,5, 6 Schauspielern, und die müssen billiger sein als dieses Ensemble. Ich glaube, dass das ein Weg wäre, hier Neues zu beschreiten. Noch einmal, wo sind die Grenzen? Wo setzen Sie die Grenzen? Ab wann fühlen Sie sich herausgefordert zu handeln?

Stadtrat de Witt: Beim Kulturausschuss wurde der Abgang mit € 350.000,-- beziffert. Von mir wurde die Frage gestellt, brauchen wir die Festspiele in dieser Art und Weise – ja oder nein. Einstimmig war, ja wir brauchen sie in dieser Art und Weise.

Gemeinderat Moll: Das habe ich im Protokoll nicht gefunden, Was ich aber gefunden habe, war eigentlich auch bemerkenswert. Einen Rechenfehler um € 100.000,--. In meinem Protokoll steht, der Abgang 2007 ist € 250.000,--. Wenige Tage danach kommt ein Email, wo drinnen steht, dass korrigierte Protokoll mit geringfügigen Änderungen. Die geringfügigen Änderungen sind € 100.000,--.

Stadtrat de Witt: Im Protokoll war der Fehler, dass die Zahl falsch geschrieben wurde. Für mich ist es geringfügig, weil nur die Zahl falsch war, aber gesprochen haben wir über die richtige Zahl.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Ich habe aus der Wortmeldung von Frau Vizebürgermeisterin zum Rechnungsabschluss auch etwas Positives heraus gehört, nämlich dass wir uns über die Verleihung der Subventionen unterhalten müssen. Ich finde wirklich, dass das eine der Aufgaben in diesem Jahr sein wird für den Finanzausschuss. Ich hoffe, dass es so angegangen wird. Was mich jetzt ein bisschen wundert, der Wirtschaftsverein wird keine Freude haben, wenn er das Gemeinderatsprotokoll liest, wenn der Bürgermeister sagt, er grenzt Betriebe aus und man muss darüber nachdenken, ob diese Art und Weise weiter geführt wird. Wenn man um Subventionen, Förderungen spricht, sollten wir das in einem Ausschuss diskutieren.

Bürgermeister Laab: Ich würde mich hüten in den Wirtschaftsförderungsverein einzugreifen. Ich stelle einfach nur fest, dass hier wesentlich weniger Betriebe von der Förderung was haben.

Festspiele – es war oder ist ein Thema, dass wir eine Schmerzgrenze diskutiert haben. 2008 und 2009 haben wir einen Beobachtungszeitraum.

Stadtrat Bolek: Im Ausschuss hat der Intendant klar kommuniziert, wenn 2008 erfolgreich wird, geht er selbst. Er hört auf, wenn es gut war. Und wenn das ganze ein Fiasko wird, was wir nicht hoffen, dann nehme ich an, werden wir ihn rausschmeißen.

Es wird über den Antrag – Rechnungsabschluss 2007 abgestimmt:

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	6
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	20
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0

2.) Preisanpassung Erholungszentrum

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Für das Freibad wird vorgeschlagen, ab der Saison 2008 die im Folgenden angeführten Preise einzuheben. Die derzeitigen Eintrittspreise gelten seit dem Jahre 2001.

	bisher	Vorschlag
Kartenart		
Kästchen		
Erwachsene ganztags	4,00	4,50
Erwachsene vormittags bis 13 Uhr	2,85	3,00
Erwachsene nachmittags ab 13 Uhr	2,85	3,00
Pensionisten ganztags	2,40	2,70
Pensionisten vormittags		
Pensionisten nachmittags		
Lehrl., Stud. Bis 25 Jahre, Präsenzd. Invalide ganztags	2,10	2,70
Lehrl., Stud. Bis 25 Jahre, Präsenzd. Invalide vormittags		
Lehrl., Stud. Bis 25 Jahre, Präsenzd. Invalide nachm.		
Kinder bis 15 Jahre ganztags	1,60	2,00
Kinder bis 15 Jahre vormittags		
Kinder bis 15 Jahre nachmittags		
Wiese		
Erwachsene ganztags	4,00	4,50
Erwachsene vormittags bis 13 Uhr	2,85	3,00
Erwachsene nachmittags ab 13 Uhr	2,85	3,00
Pensionisten ganztags	2,40	2,70
Pensionisten vormittags		
Pensionisten nachmittags		
Lehrl., Stud. Bis 25 Jahre, Präsenzd. Invalide ganztags	2,10	2,70
Lehrl., Stud. Bis 25 Jahre, Präsenzd. Invalide vormitt.		

Lehrl., Stud. Bis 25 Jahre, Präsenzd. Invalide nachm.		
Kinder bis 15 Jahre ganztags	1,60	2,00
Kinder bis 15 Jahre vormittags		
Kinder bis 15 Jahre nachmittags		
Schüler im Unterricht	1,00	1,00
Kindergarten - Gruppe	0,70	1,00
Kurzzeit Mo - Fr, 12 - 14, 17 - 19 Uhr		
Erwachsene	2,00	2,20
Pensionisten, LSPI		
Jugendliche 6 - 15 Jahren		
Kabine		
Kabine Erwachsene ganztags	6,00	6,50
Kabine Erwachsene vormittags		
Kabine Erwachsene nachmittags	4,00	4,50
Kabine Mitbenützer ganztags	4,00	4,50
Kabine Mitbenützer vormittags		
Kabine Mitbenützer nachmittags	2,85	3,00
Saisonkarten		
Kabine	240,55	250,00
Erwachsene Wiese	53,05	55,00
Erwachsene Kästchen		65,00
Pensionisten, LSPI Wiese	32,70	35,00
Pensionisten, LSPI Kästchen		45,00
Jugendliche 6 - 15 Jahren Wiese	14,50	18,00
Jugendliche 6 - 15 Jahren Kästchen		28,00

Beim **Hallenbad** werden folgende Preisänderungen vorgeschlagen:

SOLARIUM:	Einzelchip	€ 8,50 (bisher 7,50)
	5er-Block	€ 39,-- (bisher 33,--)
	10-Block	€ 77,-- (bisher 66,--)
VERLEIH BADETUCH:		€ 2,-- (bisher 1,60)
VERLEIH HANDTUCH:		€ 1,50 (bisher 1,--)

Weiters wird vorgeschlagen, bei der SAUNA eine Kurzzeit-Karte einzuführen. Diese soll von Dienstag bis Freitag in der Zeit von 19.00 Uhr bis 21.30 Uhr gelten und zum Preis von € 7,-- verkauft werden.

Gemeinderat Moll: Es gibt leider eine Ausnahme, wo die Steigerung nicht rund 10% sondern 20% ist, und zwar bei der Wiesenkarte für Jugendliche. Ich weiß schon, dass der Vergleich zu Hollabrunn oder Korneuburg diese Anhebung rechtfertigt, aber vielleicht könnte man das nochmals überdenken.

Bei den Kurzzeitkarten/Jugendliche von 6-15 Jahre, ist überhaupt nichts eingetragen. Heißt das, sie haben es kostenlos oder ist es nicht vorgesehen.

Bürgermeister Laab: Wenn nichts angeführt ist, gibt es keine Kurzzeitkarte

Gemeinderat Moll: Man sollte einführen, dass auch Kinder und Jugendliche eine Kurzzeitkarte haben können. Ein Vorschlag zum Ergänzen.

Bürgermeister Laab: Das kann man durchaus aufnehmen.

Abstimmung über Antrag + Ergänzung

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	20
	ÖVP	6
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

3.) Verkauf Kleingartengrundstück Nr. 1110/34 an Winkelmeier Kurt

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtgemeinde Stockerau verkauft an Herrn Winkelmeier Kurt die Kleingartenparzelle Nr. 1110/34 im Ausmaß von 328 m² zu einem m²-Preis von € 55,-- somit ergibt sich ein Gesamtkaufpreis in der Höhe von € 18.040,--.

Sämtliche mit dem Ankauf verbundenen Kosten (Kaufvertrag, grundbücherliche Durchführung, etc.) werden vom Käufer übernommen.

Gemeinderat Moll: Im Kaufansuchen wird der Kaufwunsch begründet, es steht auf diesem Kleingartengrundstück ein genehmigtes Wohnobjekt. 1. Wie ist das überhaupt möglich, ein genehmigtes Wohnobjekt auf einem Kleingartengrund? 2. Wenn das schon wirklich so sein sollte und genehmigt wurde, dann ist aber jeder, der sich im übrigen Siedlungsgebiet um

€ 150,-- pro m2 ein Grundstück kauft, eigentlich der Geschälzte. Das finde ich nicht in Ordnung.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Genau, das ist mir auch aufgefallen. Eigentlich ist das ungerecht. Hier kann man sich billig den Grund kaufen. Wie geht man wirklich damit um?

Bürgermeister Laab: Herr Baudirektor, der anwesend ist, kann eine Stellungnahme abgeben.

Baudir. Stadler: Es ist ein Fehler im Ansuchen. Es ist kein Wohnobjekt. Das Objekt besteht schon mindestens seit 10 bis 15 Jahren, entspricht dem Kleingartengesetz. Es ist eine Kleingartenhütte. Der Grund war immer ein Pachtgrund. Herr Winkelmeier hat es gepachtet und will nun den Grund ankaufen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	20
	ÖVP	6
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

4.) Übereinkommen mit Verbund Austria Hydro Power AG

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Nutzung einer Wegfläche des Grundstückes Nr. 2010/11 in einer Länge von 146 m als Rad- und Fußweg ist das Übereinkommen zwischen der Verbund-Austrian Hydro Power AG. und der Stadtgemeinde Stockerau zu beschließen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	20
	ÖVP	6
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

5.) Grundabtretung ins öffentliche Gut – Grundstück Nr. 232/9

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Seitens der NÖ gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaft für Arbeiter und Angestellte GenmbH. wurde mit Schreiben vom 21.2.2008 eine Abtretungsurkunde bezüglich des Grundstückes Nr. 232/9 übermittelt.

Das Grundstück Nr. 232/9 stellt in der Natur eine Gehsteigfläche in der Manhartstraße dar, welche sich südlich der Liegenschaft Manhartstraße 53 befindet.

Das Gehweggrundstück Nr. 232/9 befindet sich laut rechtskräftigem Flächenwidmungsplan der Stadtgemeinde Stockerau auf dem öffentlichen Gut (Verkehrsfläche).

Das gegenständliche Grundstück ist auf Basis des rechtskräftigen Flächenwidmungsplans an die Stadtgemeinde Stockerau ins öffentliche Gut abzutreten.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0

Prostimmen:	SPÖ	20
	ÖVP	6
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

6.) Unterführung Blabolilheim – ÖBB Floridsdorf-Unterretzbach

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Errichtung einer gesonderten Unterführung, ausschließlich für den Rad- und Fußgängerverkehr unter der ÖBB-Strecke 12, Floridsdorf-Unterretzbach, km 26.211, wird dem Übereinkommen mit der ÖBB zugestimmt.

Die gesamten Kosten in der Höhe von ca. € 680.000,-- (Umsatzsteuer entfällt) trägt die Stadtgemeinde Stockerau.

Das Projekt soll in der 2. Jahreshälfte 2008 durchgeführt werden.

Gemeinderat Moll: Sie kennen meine ablehnende Haltung zu diesem Projekt in dieser Form. Ich möchte noch einmal rekapitulieren. Wir haben eine Bahnunterführung für Autoverkehr und daneben einen Gehsteig, der für Fußgeher so recht und schlecht Ok ist, aber für insbesondere kleine Kinder, die am Gehsteig mit einem Dreirad oder Mütter mit einem Kinderwagen durchfahren, einer äußersten Gefahr ausgesetzt sind, weil sie zur Fahrbahn hin zu wenig geschützt sind. Es ist dort auch eine hohe Bordsteinkante. Es kann auch passieren, dass das Kind über die Bordsteinkante stürzt. Liegt dann ganz sicher auf der Fahrbahn, wo die Autos mit einigermaßen Geschwindigkeiten durchfahren. Eine absolut gefährliche Situation, die es zu bereinigen gibt. Mein Zugang dazu wäre aber, und der wird jetzt bestätigt durch die hohen Kosten von € 680.000,--, nicht daneben eine zusätzliche Unterführung für Rad- und Fußgeher zu machen, denn der erwachsene Radfahrer kann als normaler Verkehrsteilnehmer sich auf der Straße bewegen. Das Problem ist hier wirklich nur für kleine Kinder. Und hier meine ich, dass es sinnvoller wäre, dort ein Schutzgelände zu errichten, sodass man eben nicht vom Gehweg auf die Fahrbahn stürzen kann.

Wir haben zentral, wie es zentraler nicht geht, eine Bahnunterführung, die für Fußgeher ohne weiteres in Ordnung ist, für Radfahrer könnte sie dann in Ordnung gebracht werden, wenn wir nordseitig eine Rampe errichten, sodass man das Rad hinunter schieben kann. Das hätte den Vorteil, dass wir eine weitere befahrbare Unterführung der Bahn hätten. In diesem Zusammenhang sollte man auch, natürlich mit der Bahn Verhandlungen aufnehmen über die Bahnhofsgestaltung insgesamt, weil 1. steht dieses Problem an und 2. glaube ich, dass es jetzt gerade günstig wäre, weil die wollen etwas tun, nämlich eine beträchtliche Kostenbeteiligung beim Park&Ride-Parkdeck. Das muss man einfach zum Anlass nehmen, diesen Fußgeher und Radfahrer-Tunnel anzusprechen.

Es gibt mehrere Dinge, die man mit der Bahn besprechen sollte, wie z.B. die Ampelregelung in der Hornerstraße oder die Autounterführung in der Verlängerung der Grafendorferstraße

hin zur Donaulände. Jetzt ist die Situation unerträglich, weil man fast immer vor geschlossenem Schranken steht.

Ich würde jetzt, Verhandlungen mit der Bahn aufnehmen. Sie, Herr Bürgermeister haben es schon zum Teil gemacht. Ich würde Sie bitten, trotzdem auch die anderen Punkte nochmals zur Sprache zu bringen, und ich würde Sie auch bitten, allenfalls mir die Möglichkeit zu geben, bei diesen Besprechungen teilzunehmen, denn ich muss mich selbst von der absoluten Unwilligkeit der Bahn überzeugen.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: So weit ich mich in meiner politischen Arbeit zurück erinnern kann, ist diese Bahnunterführung und dieser unsichere Weg unter der Bahn durch, speziell für Familien mit Kindern ein Thema, auch im Gemeinderat. So gesehen, sind wir wirklich froh, dass es jetzt zu einer Lösung kommt. Dass es auch andere Lösungen vielleicht geben könnte, ist sicher eine Tatsache. Ich glaube aber, dass dieses Problem wirklich schon so lange an oberster Stelle der Probleme der Stadt steht, dass man nicht noch einmal von vorne anfangen und zuwarten sollte. Die Kosten sind hoch, kein Zweifel. € 680.000,-- ist viel Geld, aber wenn man überlegt, dass wir z.B. heute wieder beschlossen haben, € 310.000,-- für ein Feuerwehrauto zuzuschießen, welches der Sicherheit der Bevölkerung dient, dann ist das auch sehr viel Geld. Wenn ich mir überlege, dass wir einen Abgang der Festspiele gerade vorher diskutiert haben, über € 400.000,-- hinnehmen müssen, ist das auch sehr viel Geld, welches nicht der Sicherheit der Bevölkerung dient. So gesehen glaube ich, dass wir einfach in den sauren Apfel beißen müssen und wirklich für unsere StockerauerInnen, die in die Au gehen, und ganz speziell dort für die Kinder und für die Familien mit Kindern diese Unterführung machen sollten, je früher umso besser.

Stadtrat Straka: Auch wir freuen uns, dass diese gefährliche Stelle für RadfahrerInnen und auch für Fußgänger beseitigt wird in so kurzer Zeit. Was mir in dem Antrag noch gefehlt hat, das ist die Durchgangshöhe. Die scheint nicht auf. Was mir auch aufgefallen ist, ist die Verringerung der Fahrbreite oder Spurbreiten von 3 m auf 2,5 m in der Unterführung. Was noch sehr problematisch erscheint, ist die Einbindung dieser Unterführung in die anderen Verkehrswege. Es sind zwar Zebrastreifen eingezeichnet, die bis jetzt existieren. Die verkehrstechnische Anbindung ist noch zu überlegen und zu optimieren.

Stadtrat Holzer: Für den Zebrastreifen hat es schon Verkehrsverhandlungen gegeben. Bis jetzt wurde er immer abgelehnt. Aber es gibt schon Signale, wenn die Unterführung kommt, dass sehr wohl auf beiden Seiten Zebrastreifen genehmigt werden. Bezüglich Geländer – wurde auch geprüft, nur die Unterführung wird dann so knapp, dass das Geländer die Gefahr noch erhöhen würde.

Bürgermeister Laab: Wenn wir bei den Gesprächen über das Parkdeck die Unterführung mitangesprochen hätten, wäre es nicht zustande gekommen, weil es zwei verschiedene Gesellschaften sind, die sich damit beschäftigen müssen.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	20
	ÖVP	6
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	2

7.) Ortskanalisation – Bauabschnitt 16 – Beauftragung örtliche Bauaufsicht

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Erweiterung der Ortskanalisation BA 16 wird das Büro Dr. Lengyel ZT GmbH. mit der Durchführung der örtlichen Bauaufsicht, der Baustellenkoordination sowie der Erstellung der Kollaudierungsunterlagen gemäß dem Honorarangebot vom 14.3.2008 mit einer Auftragssumme von netto € 26.430,-- beauftragt.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	20
	ÖVP	6
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

Bürgermeister Laab schließt die öffentliche Sitzung. Er beginnt mit der nicht öffentlichen Sitzung. (Siehe dazu Protokoll der nicht öffentlichen Sitzung im Anschluss an die öffentliche 16. Gemeinderatssitzung vom 27.03.2008).

Der Bürgermeister

Helmut Laab

Für die SPÖ-Fraktion

Für die ÖVP-Fraktion

StR. Elfriede Eisler

Vizebgm. Christa Niederhammer

Für die FPÖ-Fraktion

Für die GRÜNEN-Fraktion

GR. Gerald Moll

StR. Mag. Ing. Andreas Straka

Für das Protokoll

Schriftführerin

StADir. Dr. Maria-Andrea Riedler

Doris Eder